



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 26. Januar 2010 (29.01)
(OR. en)**

**5474/2/10
REV 2**

PUBLIC 1

VERMERK

Betr.: MONATLICHE AUFSTELLUNG DER RECHTSAKTE DES RATES –
NOVEMBER 2009

Dieses Dokument enthält

- in ANLAGE I eine Aufstellung der vom Rat im November 2009 angenommenen Rechtsakte^{1 2},
- in ANLAGE II weitere Einzelheiten zu der Annahme dieser Rechtsakte. TEIL I enthält Informationen zur Annahme der Rechtsakte, wie das Datum der Annahme, die entsprechende Tagung des Rates, die Nummer des angenommenen Dokuments und gegebenenfalls die Abstimmungsregeln, die Abstimmungsergebnisse, die Erklärungen zur Stimmabgabe und die Erklärungen für das Ratsprotokoll. TEIL II enthält Informationen zur Annahme sonstiger Rechtsakte, die auf Beschluss des Rates veröffentlicht werden.

Dieses Dokument ist auch über die Internet-Site (<http://consilium.europa.eu/>) unter der Rubrik "Dokumente"– "Transparenz der Gesetzgebung"– "Aufstellung der Rechtsakte des Rates" zugänglich. Die in der Aufstellung genannten Dokumente können über das öffentliche Register der Ratsdokumente ([Zugang zu Dokumenten des Rates: Öffentliches Register](#)) abgerufen werden.

¹ Mit Ausnahme bestimmter Rechtsakte von begrenzter Tragweite wie Verfahrensbeschlüsse, Ernennungen, Beschlüsse von durch internationale Übereinkünfte eingesetzten Organen, punktuelle Haushaltsbeschlüsse usw.

² Im Falle von Rechtsakten, die im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens angenommen wurden, stimmt das Datum der Tagung des Rates, auf der der Rechtsakt angenommen wurde, möglicherweise nicht mit dem tatsächlichen Datum des betreffenden Rechtsakts überein, da die im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens angenommenen Rechtsakte erst dann als angenommen gelten, wenn sie von dem Präsidenten des Rates und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments sowie von den Generalsekretären der beiden Organe unterzeichnet wurden.

Maßgebend sind ausschließlich die Protokolle betreffend die endgültige Annahme der Rechtsakte (zugänglich auf der Internet-Site <http://consilium.europa.eu/> unter der Rubrik "Dokumente"– "Transparenz der Gesetzgebung"– "Ratsprotokolle").

**AUFSTELLUNG DER VOM RAT
IM NOVEMBER 2009 ANGENOMMENEN RECHTSAKTE****2972. Tagung des Rates der Europäischen Union (WIRTSCHAFT und FINANZEN) vom
10. November 2009 in Brüssel**

2009/831/EG: Entscheidung des Rates vom 10. November 2009 zur Ermächtigung Portugals, in der autonomen Region Madeira auf die dort hergestellten und verbrauchten Rum- und Likörerzeugnisse sowie in der autonomen Region Azoren in Bezug auf die dort hergestellten und verbrauchten Likör- und Branntweinerzeugnisse einen ermäßigten Verbrauchsteuersatz anzuwenden

ABl. L 297 vom 13.11.2009, S. 9-11

Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) (Text von Bedeutung für den EWR)

ABl. L 335 vom 17.12.2009, S. 1-155

Richtlinie 2009/139/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über vorgeschriebene Angaben an zweirädrigen oder dreirädrigen Kraftfahrzeugen (Text von Bedeutung für den EWR)

ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 3-11

2009/832/EG: Beschluss des Rates vom 10. November 2009 über das Verfahren für Ausnahmeregelungen zu den Ursprungsregeln der Ursprungsprotokolle im Anhang zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit AKP-Staaten und zur Aufhebung des Beschlusses 2000/399/EG

ABl. L 297 vom 13.11.2009, S. 12-13

Beschluss des Rates über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Protokolls zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Libanesischen Republik zur Festlegung eines Mechanismus für die Beilegung von Streitigkeiten, die die Handelsbestimmungen des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Libanesischen Republik andererseits betreffen

Dok. 14131/09 + REV 1 (en, fr)

Beschluss des Rates über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Protokolls zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Tunesischen Republik zur Festlegung eines Mechanismus für die Beilegung von Streitigkeiten, die die Handelsbestimmungen des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tunesischen Republik andererseits betreffen

Dok. 14077/2/09 REV 2

Gemeinsamer Standpunkt der Europäischen Union für die 32. Tagung des EWR-Rates

Dok. 15161/09

Gemeinsame Aktion 2009/834/GASP des Rates vom 10. November 2009 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2001/555/GASP betreffend die Einrichtung eines Satellitenzentrums der Europäischen Union

ABl. L 297 vom 13.11.2009, S. 18-18

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit im Namen der Europäischen Gemeinschaft und über die vorläufige Anwendung dieses Abkommens

Dok. 11790/09

Schlussfolgerungen des Rates zum Bericht der Europäischen Gruppe der Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit (European Nuclear Safety Regulators Group – ENSREG)

Dok. 14471/09

Beschluss des Rates betreffend die Teilnahme der Europäischen Gemeinschaft an den Verhandlungen im Rahmen des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen

Dok. 13745/09

Schlussfolgerungen zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in der EU

Dok. 15127/09

Schlussfolgerungen des Rates zu einer besseren Rechtsetzung und zur Verringerung des Verwaltungsaufwands

Dok. 15130/2/09 REV 2

Schlussfolgerungen des Rates zu den EU-Statistiken

Dok. 15824/09

Schriftliches Verfahren vom 13. November 2009

Standpunkt der Europäischen Union für die achte Tagung des Assoziationsrates (Brüssel, 16. November 2009)

Dok. 15502/09 + COR 1

2973. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN und AUSSENBEZIEHUNGEN) vom 16. November 2009 in Brüssel

Verordnung (EG) Nr. 1186/2009 des Rates vom 16. November 2009 über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen

ABl. L 324 vom 10.12.2009, S. 23-57

Verordnung (EG) Nr. 1185/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über Statistiken zu Pestiziden (Text von Bedeutung für den EWR)

ABl. L 324 vom 10.12.2009, S. 1-22

Schlussfolgerungen des Rates zur integrierten Meerespolitik

Dok. 15175/1/09 REV 1

Schlussfolgerungen des Rates zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit

Dok. 15510/09

Beschluss des Rates über den Standpunkt der Gemeinschaft zu den im Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den CARIFORUM-Staaten einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits vorgesehenen Geschäftsordnungen des Gemeinsamen Rates CARIFORUM-EG, des Handels- und Entwicklungsausschusses CARIFORUM-EG und der Sonderausschüsse

Dok. 14871/09

Beschluss des Rates über den Standpunkt der Gemeinschaft zur Zusammensetzung des im Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den CARIFORUM-Staaten einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits vorgesehenen Beratenden Ausschusses CARIFORUM-EG sowie über die Auswahl der Vertreter der auf dem Gebiet der EG-Vertragspartei ansässigen Organisationen

Dok. 14872/09

Beschluss des Rates über die Zustimmung zum Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Föderativen Republik Brasilien über die Zusammenarbeit im Bereich der Fusionsenergieforschung durch die Kommission

Dok. 14268/09

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss eines Freiwilligen Partnerschaftsabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Ghana über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor sowie über die Einfuhr von Holzprodukten in die Gemeinschaft

Dok. 14190/09 + COR 1 (fr)

Schlussfolgerungen des Rates zum Antrag der Republik Albanien auf Beitritt zur Europäischen Union

Dok. 15532/09

2974. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN und AUSSENBEZIEHUNGEN) vom 16./17. November 2009 in Brüssel

Schlussfolgerungen des Rates zum Jahresbericht 2009 über die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft und die Umsetzung der Außenhilfe im Jahr 2008

Dok. 16078/09

Schlussfolgerungen des Rates zu den Fortschritten bei der Umsetzung des Europäischen Aktionsprogramms zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose durch Außenmaßnahmen (2007-2011)

Dok. 16076/09

Schlussfolgerungen des Rates zur Unterstützung der Demokratie in den Außenbeziehungen der EU – Auf dem Weg zu mehr Kohärenz und Effizienz

Dok. 16081/09

Schlussfolgerungen des Rates zur Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung

Dok. 16079/09

2009/989/EG, Euratom: Beschluss des Rates und der Kommission vom 17. November 2009 über den Abschluss des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zur Gründung einer Partnerschaft zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Tadschikistan andererseits

Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zur Gründung einer Partnerschaft zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Tadschikistan andererseits

ABl. L 350 vom 29.12.2009, S. 1-51

2009/990/EG, Euratom: Beschluss des Rates und der Kommission vom 17. November 2009 über den Abschluss des Protokolls zum Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Tadschikistan andererseits anlässlich des Beitritts der Republik Bulgarien und Rumäniens zur Europäischen Union

ABl. L 350 vom 29.12.2009, S. 52-56

Beschluss 2009/840/GASP des Rates vom 17. November 2009 zur Durchführung des Gemeinsamen Standpunkts 2007/140/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Iran

ABl. L 303 vom 18.11.2009, S. 64-69

Verordnung des Rates zur Durchführung von Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 423/2007 über restriktive Maßnahmen gegen Iran

Dok. 14386/09 + COR 1 + COR 2 + ADD 1 REV 2

Schlussfolgerungen des Rates zu Belarus

Dok. 15593/09

Schlussfolgerungen des Rates zur ESVP

Dok. 16500/09

Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Dominikanischen Republik über die Beteiligung der Dominikanischen Republik an der militärischen Operation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina (Operation ALTHEA)

Dok. 15053/09 + COR 1 (sl)

Gemeinsame Aktion 2009/842/GASP des Rates vom 17. November 2009 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2007/369/GASP über die Einrichtung einer Polizeimission der Europäischen Union in Afghanistan (EUPOL AFGHANISTAN)

ABl. L 303 vom 18.11.2009, S. 71-71

Entscheidung des Rates zur Festlegung der finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten zum Europäischen Entwicklungsfonds im Jahr 2010, einschließlich der 1. Tranche 2010

Dok. 15445/09

Schlussfolgerungen des Rates zu einem operativen Rahmen für die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe

Dok. 15912/09

Schlussfolgerungen des Rates zu Klimawandel und Entwicklung

Dok. 16071/09

2976. Tagung des Rates (LANDWIRTSCHAFT und FISCHEREI) vom 20. November 2009 in Brüssel

Verordnung (EG) Nr. 1139/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Aufhebung bestimmter überholter Rechtsakte des Rates

ABl. L 312 vom 27.11.2009, S. 1-3

Verordnung (EG) Nr. 1128/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Aufhebung bestimmter überholter Rechtsakte des Rates im Bereich der gemeinsamen Agrarpolitik
ABl. L 310 vom 25.11.2009, S. 1-2

Verordnung (EG) Nr. 1140/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse ("Verordnung über die einheitliche GMO")
ABl. L 312 vom 27.11.2009, S. 4-5

Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 847/96, (EG) Nr. 2371/2002, (EG) Nr. 811/2004, (EG) Nr. 768/2005, (EG) Nr. 2115/2005, (EG) Nr. 2166/2005, (EG) Nr. 388/2006, (EG) Nr. 509/2007, (EG) Nr. 676/2007, (EG) Nr. 1098/2007, (EG) Nr. 1300/2008, (EG) Nr. 1342/2008 sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 2847/93, (EG) Nr. 1627/94 und (EG) Nr. 1966/2006
ABl. L 343 vom 22.12.2009, S. 1-50

Verordnung (EG) Nr. 1226/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten und begleitenden Fangbedingungen für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in der Ostsee (2010)
ABl. L 330 vom 16.12.2009, S. 1-9

Gemeinsamer Standpunkt (EG) Nr. 18/2009 vom 20. November 2009, vom Rat festgelegt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz und andere wesentliche Parameter (Text von Bedeutung für den EWR)
ABl. C 298E vom 8.12.2009, S. 1-15

Richtlinie 2009/140/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 zur Änderung der Richtlinie 2002/21/EG über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste, der Richtlinie 2002/19/EG über den Zugang zu elektronischen Kommunikationsnetzen und zugehörigen Einrichtungen sowie deren Zusammenschaltung und der Richtlinie 2002/20/EG über die Genehmigung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste (Text von Bedeutung für den EWR)
ABl. L 337 vom 18.12.2009, S. 37-69

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über kosmetische Mittel (Neufassung) (Text von Bedeutung für den EWR)
Dok. PE-CONS 3623/5/09 REV 5

2010/10/EG: Entscheidung des Rates vom 20. November 2009 über die Gewährung einer staatlichen Beihilfe durch die Behörden der Republik Polen für den Erwerb landwirtschaftlicher Flächen zwischen dem 1. Januar 2010 und dem 31. Dezember 2013
ABl. L 4 vom 8.1.2010, S. 89-90

Schlussfolgerungen des Rates zum Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Erfahrungen mit der Anwendung der Hygieneverordnungen
Dok. 14299/09 + ADD 1 + ADD 1 REV 1 (fi)

Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 9/2009 über die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Personalauswahltätigkeiten des Europäischen Amtes für Personalauswahl
Dok. 14608/1/09 REV 1 + REV 1 COR1 (de) + REV 1 COR 2 (cs) + REV 2 (mt)

Gemeinsame Aktion 2009/854/GASP des Rates vom 20. November 2009 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2005/889/GASP zur Einrichtung einer Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des Grenzschutzes am Grenzübergang Rafah (EU BAM Rafah)
ABl. L 312 vom 27.11.2009, S. 73-73

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Übereinkommens über Hafenstaatmaßnahmen zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, unregulierten und ungemeldeten Fischerei im Namen der Europäischen Gemeinschaft
Dok. 15159/09 + COR 1

2977. Tagung des Rates der Europäischen Union (UMWELT) vom 23. November 2009 in Brüssel

Beschluss des Rates über den Standpunkt der Gemeinschaft zu der Geschäftsordnung für die Streitbeilegung und zu dem Verhaltenskodex für Schiedsrichter und Vermittler, die im Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den CARIFORUM-Staaten einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits vorgesehen sind
Dok. 14870/09

Annahme von Rechtsakten nach der zweiten Lesung im Europäischen Parlament im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens (Straßburg, 23.-26. November 2009)

Verordnung Nr. 1222/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz und andere wesentliche Parameter (Text von Bedeutung für den EWR)
ABl. L 342 vom 22.12.2009, S. 46-58

2978. Tagung des Rates der Europäischen Union (BILDUNG, JUGEND und KULTUR) vom 26./27. November 2009 in Brüssel

Richtlinie 2009/143/EG des Rates vom 26. November 2009 zur Änderung der Richtlinie 2000/29/EG hinsichtlich der Übertragung von Laboruntersuchungen
ABl. L 318 vom 4.12.2009, S. 23-24

Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte Bauteile und Merkmale von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (kodifizierte Fassung)
Dok. PE-CONS 3678/09

Richtlinie 2009/142/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über Gasverbrauchseinrichtungen (Text von Bedeutung für den EWR)
ABl. L 330 vom 16.12.2009, S. 10-27

Richtlinie 2009/148/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz (Text von Bedeutung für den EWR)

ABl. L 330 vom 16.12.2009, S. 28-36

Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (kodifizierte Fassung)

Dok. PE-CONS 3681/09

Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze (kodifizierte Fassung)

Dok. PE-CONS 3682/1/09 REV 1

Entscheidung des Rates über das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft (2011)

Dok. 15658/09 + REV 1 (mt) + REV 2 (fi)

Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Kommission, Verhandlungen mit den EFTA-Staaten, den am Barcelona-Prozess teilnehmenden Staaten, den am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teilnehmenden Staaten und den Färöern über ein regionales Übereinkommen über Paneuropa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln aufzunehmen

Dok. 15410/09 + COR 1 (fi) + REV 1 (sk)

2009/904/EG: Entscheidung des Rates vom 26. November 2009 zum Standpunkt der Europäischen Gemeinschaft hinsichtlich der Neuverhandlung der Währungsvereinbarung mit der Republik San Marino

ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 12-13

2009/895/EG: Entscheidung des Rates vom 26. November 2009 zum Standpunkt der Europäischen Gemeinschaft hinsichtlich der Neuverhandlung der Währungsvereinbarung mit dem Staat Vatikanstadt

ABl. L 321 vom 8.12.2009, S. 36-37

Beschluss des Rates über den Abschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen durch die Europäische Gemeinschaft

Dok. 15540/09 + COR 1 (fi)

Schlussfolgerungen des Rates vom 26. November 2009 zur beruflichen Entwicklung von Lehrkräften und Schulleitern/-leiterinnen

ABl. C 302 vom 12.12.2009, S. 6-9

Schlussfolgerungen des Rates vom 26. November 2009 zur Bildung von Kindern mit Migrationshintergrund

ABl. C 301 vom 11.12.2009, S. 5-8

Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 26. November 2009 zur Entwicklung der Rolle der Bildung in einem leistungsfähigen Wissensdreieck

ABl. C 302 vom 12.12.2009, S. 3-5

Schlussfolgerungen des Rates vom 27. November 2009 zur Förderung einer kreativen Generation: Entwicklung der Kreativität und Innovationsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen durch kulturelle Ausdrucksformen und Zugang zur Kultur
ABl. C 301 vom 11.12.2009, S. 9-11

Schlussfolgerungen des Rates über vom 27. November 2009 die Medienkompetenz im digitalen Umfeld
ABl. C 301 vom 11.12.2009, S. 12-12

Entschließung des Rates vom 27. November 2009 über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010-2018)
ABl. C 311 vom 19.12.2009, S. 1-11

Schriftliches Verfahren vom 27. November 2009

Verordnung des Rates zur Festlegung technischer Übergangsmaßnahmen für den Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 30. Juni 2011
Dok. 16470/09 + COR 1

Schriftliches Verfahren vom 27. November 2009

Verordnung des Rates zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten und begleitenden Fangbedingungen für bestimmte Fischbestände im Schwarzen Meer (2010)
Dok. 16354/09 + COR 1 (bg) + COR 2 (ro)

2979. Tagung des Rates (JUSTIZ und INNERES) vom 30. November 2009 in Brüssel

Rahmenbeschluss 2009/905/JI des Rates vom 30. November 2009 über die Akkreditierung von Anbietern kriminaltechnischer Dienste, die Labortätigkeiten durchführen
ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 14-16

Beschluss 2009/902/JI des Rates vom 30. November 2009 zur Einrichtung eines Europäischen Netzes für Kriminalprävention (ENKP) und zur Aufhebung des Beschlusses 2001/427/JI
ABl. L 321 vom 8.12.2009, S. 44-46

Rahmenbeschluss 2009/948/JI des Rates vom 30. November 2009 zur Vermeidung und Beilegung von Kompetenzkonflikten in Strafverfahren
ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 42-47

Beschluss 2009/917/JI des Rates vom 30. November 2009 über den Einsatz der Informationstechnologie im Zollbereich
ABl. L 323 vom 10.12.2009, S. 20-30

Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses des mit dem Schengener Durchführungsübereinkommen von 1990 eingesetzten Exekutivausschusses zur Änderung der Finanzregelung für die Einrichtung und den Betrieb der technischen Unterstützungseinheit für das Schengener Informationssystem (C.SIS)
Dok. 16142/09 + COR 1 (ro)

2009/914/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 zur Änderung des Beschlusses des mit dem Schengener Übereinkommen von 1990 eingesetzten Exekutivausschusses zur Änderung der Finanzregelung für die Einrichtung und den Betrieb der technischen Unterstützungseinheit für das Schengener Informationssystem (C.SIS)
ABl. L 323 vom 10.12.2009, S. 6-8

2009/915/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 zur Änderung des Beschlusses 2000/265/EG des Rates vom 27. März 2000 zur Festlegung einer Finanzregelung für die Haushaltsaspekte der vom Stellvertretenden Generalsekretär des Rates zu verwaltenden Verträge über die Einrichtung und den Betrieb der Kommunikationsinfrastruktur für den Schengen-Rahmen (Sisnet), die von ihm als Vertreter bestimmter Mitgliedstaaten geschlossen worden sind
ABl. L 323 vom 10.12.2009, S. 9-10

Verordnung (EG) Nr. 1244/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind
ABl. L 336 vom 18.12.2009, S. 1-3

Schlussfolgerungen des Rates zur Stärkung der chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Sicherheit (CBRN-Sicherheit) in der Europäischen Union – CBRN-Aktionsplan der EU
Dok. 15505/1/09 REV 1 + REV 1 COR1 + REV 1 COR 2 + REV 2 (sl)

Schlussfolgerungen des Rates zu einem Gemeinschaftsrahmen für die Katastrophenverhütung in der EU
Dok. 15394/09 +REV 1 (sv) + REV 2 (sl)

2009/942/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 zur Änderung des Beschlusses 2006/325/EG zwecks Festlegung eines Verfahrens zur Umsetzung des Artikels 5 Absatz 2 des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Königreich Dänemark über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
ABl. L 331 vom 16.12.2009, S. 24-25

2009/943/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 zur Änderung des Beschlusses 2006/326/EG zwecks Festlegung eines Verfahrens zur Umsetzung des Artikels 5 Absatz 2 des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Königreich Dänemark über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen
ABl. L 331 vom 16.12.2009, S. 26-27

2009/941/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über den Abschluss des Haager Protokolls vom 23. November 2007 über das auf Unterhaltspflichten anzuwendende Recht durch die Europäische Gemeinschaft
ABl. L 331 vom 16.12.2009, S. 17-18

2009/940/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über die Unterzeichnung des am 23. Februar 2007 in Luxemburg angenommenen Protokolls zum Übereinkommen über internationale Sicherungsrechte an beweglicher Ausrüstung betreffend Besonderheiten des rollenden Eisenbahnmaterials durch die Europäische Gemeinschaft
ABl. L 331 vom 16.12.2009, S. 1-3

*Schlussfolgerungen des Rates über ein europäisches System für die kriminaltechnische Drogen-
Profilanalyse*
Dok. 15876/09 + REV 1 (et)

Entschließung des Rates vom 30. November 2009 über den Austausch von DNS-Analyseergebnissen
ABl. C 296 vom 5.12.2009, S. 1-3

*Beschluss 2009/949/JI des Rates vom 30. November 2009 zur Anpassung der Grundgehälter und
Zulagen der Europol-Bediensteten*
ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 48-49

*Beschluss 2009/968/JI des Rates vom 30. November 2009 zur Annahme der Vertraulichkeitsregeln
für Europol-Informationen*
ABl. L 332 vom 17.12.2009, S. 17-22

*Beschluss 2009/936/JI des Rates vom 30. November 2009 zur Annahme der Durchführungs-
bestimmungen für die von Europol geführten Arbeitsdateien zu Analyse Zwecken*
ABl. L 325 vom 11.12.2009, S. 14-22

*Beschluss 2009/934/JI des Rates vom 30. November 2009 zur Festlegung der Durchführungs-
bestimmungen zur Regelung der Beziehungen von Europol zu anderen Stellen einschließlich des
Austauschs von personenbezogenen Daten und Verschlusssachen*
ABl. L 325 vom 11.12.2009, S. 6-11

*Beschluss 2009/935/JI des Rates vom 30. November 2009 zur Festlegung der Liste der Drittstaaten
und dritten Organisationen, mit denen Europol Abkommen schließt*
ABl. L 325 vom 11.12.2009, S. 12-13

*Beschluss 2009/933/GASP des Rates vom 30. November 2009 über die Ausweitung — seitens der
Europäischen Union — des räumlichen Geltungsbereichs des Abkommens zwischen der Euro-
päischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über Auslieferung*
ABl. L 325 vom 11.12.2009, S. 4-5

*Schlussfolgerungen des Rates über die Verstärkung der Bekämpfung des Drogenhandels in West-
afrika*
Dok. 16451/09

*Schlussfolgerungen des Rates über Musterbestimmungen als Orientierungspunkte für die Bera-
tungen des Rates im Bereich des Strafrechts*
Dok. 16542/2/09 REV 2 + REV 3 (sv) + REV 4 (fi)

*Entschließung des Rates vom 30. November 2009 über einen Fahrplan zur Stärkung der Ver-
fahrensrechte von Verdächtigten oder Beschuldigten in Strafverfahren (Text von Bedeutung für den
EWR)*
ABl. C 295 vom 4.12.2009, S. 1-3

*Schlussfolgerungen des Rates zur Arbeitskräftemigration und zu ihrem Entwicklungspotenzial im
Zeitalter der Mobilität*
Dok. 15823/09

Schlussfolgerungen des Rates zur Migration im Interesse der Entwicklung
Dok. 15806/09

Schlussfolgerungen des Rates zu Mobilitätspartnerschaften als Instrument des Gesamtansatzes zur Migrationsfrage
Dok. 15811/09

Gemeinsame Erklärung über eine Mobilitätspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und Georgien
Dok. 16396/09 + ADD 1

2009/896/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Antigua und Barbuda über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte
ABl. L 321 vom 8.12.2009, S. 38-38

2009/897/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Commonwealth der Bahamas über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte
ABl. L 321 vom 8.12.2009, S. 39-39

2009/898/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Barbados über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte
ABl. L 321 vom 8.12.2009, S. 40-40

2009/899/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Mauritius über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte
ABl. L 321 vom 8.12.2009, S. 41-41

2009/900/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Seychellen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte
ABl. L 321 vom 8.12.2009, S. 42-42

2009/901/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Föderation St. Kitts und Nevis über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte
ABl. L 321 vom 8.12.2009, S. 43-43

Schlussfolgerungen des Rates zu einer Strategie für das Informationsmanagement im Bereich der inneren Sicherheit in der EU
Dok. 16637/09

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Gemeinschaft – und vorläufige Anwendung des Übereinkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie der Republik Island, dem Königreich Norwegen, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über zusätzliche Regeln im Zusammenhang mit dem Außengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013
Dok. 15954/09

Beschluss des Rates über eine Makrofinanzhilfe für Serbien
Dok. 15803/09

Beschluss des Rates über eine Makrofinanzhilfe für Bosnien und Herzegowina
Dok. 15802/09

Beschluss des Rates über eine Makrofinanzhilfe für Georgien
Dok. 15660/09

Beschluss des Rates über eine Makrofinanzhilfe für Armenien
Dok. 15661/09

Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen Australien und der Europäischen Union über die Sicherheit von Verschlusssachen
Dok. 14683/09 + REV 1 (mt)

Verordnung (EG) Nr. 1197/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2115/2005 zur Einführung eines Wiederauffüllungsplans für Schwarzen Heilbutt im Rahmen der Organisation für die Fischerei im Nordwestatlantik
ABl. L 322 vom 9.12.2009, S. 1-2

2009/947/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung der Republik Aserbaidschan über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten
ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 39-39

2009/974/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung der Mongolei über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten
ABl. L 336 vom 18.12.2009, S. 4-4

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung Japans über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit im Namen der Europäischen Gemeinschaft
Dok. 13753/09 + COR 1 + COR 2 (es) + COR 3 (hu) + COR 4 (bg) + COR 5

Schlussfolgerungen des Rates zum SIS II
Dok. 16909/09

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Japan über die Rechtshilfe in Strafsachen
Dok. 15921/09

Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsdaten und deren Übermittlung aus der Europäischen Union an die Vereinigten Staaten für die Zwecke des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus
Dok. 16110/09 + COR 1 (fr) + COR 2 (hu) + COR 3 (el) + COR 4 (ee, es, cs) + REV 1(fi)

2980. Tagung des Rates der Europäischen Union (BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT und VERBRAUCHERSCHUTZ) vom 30. November 2009 in Brüssel

Verordnung (EG) Nr. 1250/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe
ABl. L 338 vom 19.12.2009, S. 1-4

Verordnung (EG) Nr. 1212/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Festsetzung der Orientierungspreise und der gemeinschaftlichen Produktionspreise für bestimmte Fischereierzeugnisse für das Fischwirtschaftsjahr 2010 gemäß der
Verordnung (EG) Nr. 104/2000
ABl. L 327 vom 12.12.2009, S. 1-5

Richtlinie des Rates zur Festlegung der tierseuchenrechtlichen Vorschriften für das Verbringen von Equiden und für ihre Einfuhr aus Drittländern (kodifizierte Fassung)
Dok. 15401/09 + REV 1 (fi) + REV 1 COR 1 (fi)

Verordnung (EG) Nr. 1216/2009 des Rates vom 30. November 2009 über die Handelsregelung für bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren
ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 10-26

Verordnung (EG) Nr. 1217/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Bildung eines Informationsnetzes landwirtschaftlicher Buchführungen über die Einkommenslage und die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse landwirtschaftlicher Betriebe in der Europäischen Gemeinschaft
ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 27-38

Richtlinie 2009/157/EG des Rates vom 30. November 2009 über reinrassige Zuchtrinder (Text von Bedeutung für den EWR)
ABl. L 323 vom 10.12.2009, S. 1-5

Richtlinie 2009/158/EG des Rates vom 30. November 2009 über die tierseuchenrechtlichen Bedingungen für den innergemeinschaftlichen Handel mit Geflügel und Bruteiern sowie für ihre Einfuhr aus Drittländern (Text von Bedeutung für den EWR)
ABl. L 343 vom 22.12.2009, S. 74-113

Empfehlung des Rates über rauchfreie Umgebungen
Dok. 15937/1/09 REV 1

Beschluss des Rates über die Genehmigung im Namen der Europäischen Gemeinschaft der Änderungen der Anlagen II und III des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (OSPAR-Übereinkommen) in Bezug auf die Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen
Dok. 16223/1/09 REV 1 + REV 2 (en, mt, pt) + REV 3 (nl)

Verordnung (EG) Nr. 1215/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Einführung besonderer Handelsmaßnahmen für die am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der Europäischen Union teilnehmenden oder damit verbundenen Länder und Gebiete
ABl. L 328 vom 15.12.2009, S. 1-9

Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 des Rates vom 30. November 2009 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern
ABl. L 343 vom 22.12.2009, S. 51-73

2009/954/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über die Unterzeichnung und den Abschluss der Übereinkunft über das Mandat der Internationalen Partnerschaft für die Zusammenarbeit im Bereich der Energieeffizienz (IPEEC) und der Vereinbarung über die Einrichtung des Sekretariats der Internationalen Partnerschaft für die Zusammenarbeit im Bereich der Energieeffizienz bei der Internationalen Energieagentur durch die Europäische Gemeinschaft
ABl. L 330 vom 16.12.2009, S. 37-47

Schlussfolgerungen des Rates "Förderung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt – Überwindung der Krise und Vorbereitung der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010"
Dok. 16214/09

Schlussfolgerungen des Rates "Altern in Gesundheit und Würde"
Dok. 15955/09

Schlussfolgerungen des Rates "Gleichstellung der Geschlechter: Stärkung von Wachstum und Beschäftigung – Beitrag zur Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010"
Dok. 15488/09 + REV 1 (hu)

Schlussfolgerungen des Rates zur Überprüfung der Umsetzung der Aktionsplattform von Beijing durch die Mitgliedstaaten und die Organe der EU – "Beijing + 15": Überprüfung der Fortschritte
Dok. 15992/09

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
2972. Tagung des Rates der Europäischen Union (WIRTSCHAFT und FINANZEN) vom 10. November 2009 in Brüssel 2009/831/EG: Entscheidung des Rates vom 10. November 2009 zur Ermächtigung Portugals, in der autonomen Region Madeira auf die dort hergestellten und verbrauchten Rum- und Likörerzeugnisse sowie in der autonomen Region Azoren in Bezug auf die dort hergestellten und verbrauchten Likör- und Branntweinerzeugnisse einen ermäßigten Verbrauchsteuersatz anzuwenden Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) (Text von Bedeutung für den EWR) Richtlinie 2009/139/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über vorgeschriebene Angaben an zweirädrigen oder dreirädrigen Kraftfahrzeugen (Text von Bedeutung für den EWR)	12263/09	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
	PE-CONS 3643/6/09 REV 6	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
	PE-CONS 3635/1/09 REV 1	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
2973. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN und AUSSENBEZIEHUNGEN) vom 16. November 2009 in Brüssel			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Verordnung (EG) Nr. 1186/2009 des Rates vom 16. November 2009 über das gemeinschaftliche System der Zollbefreiungen (kodifizierte Fassung)	12850/09 + COR 1 (cs) + COR 4 (fi) + REV 1 (hu) + REV 2 (lt) + REV 2 COR 1 (lt) + REV 3 (sk) + REV 4 (sv) + REV 5 (de) + REV 6 (mt)	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Verordnung (EG) Nr. 1185/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über Statistiken zu Pestiziden (Text von Bedeutung für den EWR)	PE-CONS 3676/1/09 REV 1	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
2976. Tagung des Rates (LANDWIRTSCHAFT und FISCHEREI) vom 20. November 2009 in Brüssel			
Verordnung (EG) Nr. 1139/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Aufhebung bestimmter überholter Rechtsakte des Rates	13521/09	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Verordnung (EG) Nr. 1128/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Aufhebung bestimmter überholter Rechtsakte des Rates im Bereich der gemeinsamen Agrarpolitik	13519/09	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Verordnung (EG) Nr. 1140/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse ("Verordnung über die einheitliche GMO")	15097/09 + COR 1 (fr)	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer UK: Enthaltung
Erklärung der polnischen Delegation Hinsichtlich der Artikel 78 und 79 des Entwurfs einer Verordnung des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr.1234/2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte und mit Sondervorschriften für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse (Verordnung über die einheitliche GMO) (Dok. 14270/09 AGRI 423 AGRIOIRG 96 AGRIFIN 86) hat Polen beschlossen, im Sinne aller Mitgliedstaaten seinen Einwand gegen den Vorschlag auch deshalb zurückzuziehen, weil dessen Annahme eine Voraussetzung für die Einleitung einer Reihe von Dringlichkeitsmaßnahmen mit einem Mittelumfang von 280 Mrd. EUR darstellt. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass Polen nach wie vor Zweifel an der Rechtmäßigkeit der vorgeschlagenen neuen Regeln für die Berechnung der Abgabe hegt, die im Falle von Mitgliedstaaten, die das Rückkaufprogramm für Milchquoten anwenden, nach Überschreitung der nationalen Milchquote zu zahlen ist. Der Vorschlag wird zu einem Rückgang der von nationaler Beihilfe befreiten Milchquoten in denjenigen Mitgliedstaaten führen, die die eingeräumten Produktionsbeschränkungen voll ausschöpfen und zugleich das nationalen Quoten-Rückkaufprogramm anwenden. Die neuen Regeln werden die aktivsten Landwirte, die zur Entwicklung der für den Markt bestimmten Milchproduktion beitragen, offen diskriminieren. In Anbetracht dessen erachtet Polen es als wesentlich, das Rückkaufprogramm für Milchquoten als fakultative Maßnahme beizubehalten, die nur nach einer unabhängigen Entscheidung eines Mitgliedstaates angewandt werden sollte. Zugleich ist nach Ansicht Polens die derzeitige Formulierung des Artikels 75 Absatz 1 Buchstabe a der Verordnung Nr. 1234/2007 des Rates eindeutig, und keine künftige Auslegung dieses Artikels durch die EU wird eine Einführung dieses Programms als für alle Mitgliedstaaten obligatorische Lösung ermöglichen.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE
NOVEMBER 2009**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 847/96, (EG) Nr. 2371/2002, (EG) Nr. 811/2004, (EG) Nr. 768/2005, (EG) Nr. 2115/2005, (EG) Nr. 2166/2005, (EG) Nr. 388/2006, (EG) Nr. 509/2007, (EG) Nr. 676/2007, (EG) Nr. 1098/2007, (EG) Nr. 1300/2008, (EG) Nr. 1342/2008 sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 2847/93, (EG) Nr. 1627/94 und (EG) Nr. 1966/2006	13669/09 + COR 1 + COR 2 (sk) + COR 3 (mt) + COR 4 (fi) + COR 5 (et) + REV 1 (pt) + REV 2 (et) + REV 3 (lt)	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer FI: Enthaltung
Erklärung der Kommission – Zertifizierung der Maschinenleistung Die Kontrollverordnung sieht eine systematische Zertifizierung von neuen Maschinen, Ersatzmaschinen und technisch veränderten Maschinen vor. Die Kommission ist sich bewusst, dass aufgrund der rechtlichen, administrativen und wirtschaftlichen Auswirkungen hierfür ein gemeinsames Konzept in allen Mitgliedstaaten erforderlich ist. Damit eine solche Zertifizierungsregelung angewendet werden kann, müssen Durchführungsbestimmungen nach dem Verfahren gemäß Artikel 119 des Vorschlags erlassen werden. Die entsprechende Regelung wird daher erst nach Inkrafttreten dieser Durchführungsbestimmungen für neue Maschinen, Ersatzmaschinen und technisch veränderte Maschinen gelten. Die entsprechenden Durchführungsbestimmungen berühren nicht den Status der in Fischereifahrzeugen eingebauten Maschinen im Falle eines Wechsels des Eigentümers, sofern die Maschine im Zusammenhang mit der Übertragung des Eigentums oder danach nicht durch eine neue Maschine ersetzt, gegen eine Ersatzmaschine ausgetauscht oder technisch verändert wird. Erklärung der Kommission – Finanzielle Beteiligung an der Durchführung der Verordnung Die Kommission erklärt sich bereit, den Mitgliedstaaten im Rahmen von Artikel 8 Buchstabe a der Verordnung (EG) Nr. 861/2006 und der Verordnung (EG) Nr. 391/2007 der Kommission nach den dort festgelegten Bedingungen eine finanzielle Unterstützung für die Ausgaben zu gewähren, die durch die Einführung neuer Kontrolltechnologien und die Inbetriebnahme von EDV-gestützten Datenbanken für die Validierung der von den Behörden genutzten Daten gemäß der Verordnung des Rates zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der Gemeinsamen Fischereipolitik entstehen, und dieser Ausgabe bei der Zuweisung des Gemeinschaftsbeitrags Vorrang einzuräumen. Zu diesem Zweck müssen die entsprechenden Maßnahmen in die jährlichen Fischereikontrollprogramme der Mitgliedstaaten, die der Kommission zum 31. Januar jedes Jahres zu übermitteln sind, aufgenommen werden.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE
NOVEMBER 2009**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung der Kommission – Anreizmaßnahmen Die Kommission erklärt, dass zusätzlich zu den Kontrollmaßnahmen gemäß der vorliegenden Verordnung im Rahmen der künftigen Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik positive Maßnahmen und Anreize in Bezug auf die Bestandserhaltung und allgemeine ökologische Fragen zu erwägen sind. Erklärung der Kommission - Aquakulturtätigkeiten und Fischereitätigkeiten in Binnengewässern Die Kommission erklärt in Bezug auf Artikel 2 der vorliegenden Verordnung, dass Aquakulturtätigkeiten oder Fischereitätigkeiten in Binnengewässern und aus diesen Tätigkeiten gewonnene Erzeugnisse nur dann einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung unterliegen, wenn und soweit für sie spezifische Vorschriften der Gemeinsamen Fischereipolitik gelten. In den Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung wird den Besonderheiten dieses Sektors gebührend Rechnung getragen und das Prinzip der Verhältnismäßigkeit gewahrt. Erklärung der Kommission – Artikel 92 Die Kommission möchte betonen, dass bei der Annahme der Durchführungsbestimmungen zu Artikel 92 zum Zwecke der Feststellung, wie schwerwiegend ein bestimmter Verstoß ist, berücksichtigt wird, ob die einen Verstoß darstellenden Handlungen oder Unterlassungen vorsätzlich begangen wurden. Im Übrigen misst die Kommission dem Punktesystem für schwere Verstöße im Hinblick auf das Ziel, eine bessere Einhaltung der Vorschriften der Gemeinsamen Fischereipolitik sicherzustellen und gleiche Wettbewerbsbedingungen in allen Gemeinschaftsgewässern zu schaffen, große Bedeutung zu. Die Kommission erklärt, dass sie zur Erreichung dieses Ziels im Rahmen der nach dem Verfahren gemäß Artikel 119 zu erlassenden Durchführungsbestimmungen gemeinsame Vorschriften auf Gemeinschaftsebene für die Anwendung eines solchen Punktesystems, einschließlich eines Verzeichnisses der für jeden schweren Verstoß zu verhängenden Punkte, festlegen wird. Angesichts der Bedeutung dieses Systems wird die Kommission die Mitgliedstaaten bei der Ausarbeitung des Punktesystems für schwere Verstöße eng einbeziehen. Erklärung der Kommission – Bewertung der Kontrollregelung Die Kommission erklärt, dass sie eine Gruppe von Sachverständigen aus den Mitgliedstaaten einsetzen wird, die den Verwaltungsaufwand im Bereich der Durchsetzung der Fischereipolitik bewerten und Konzepte und Vorschläge vorlegen wird, wie dieser Verwaltungsaufwand verringert werden kann, wobei auch alternative, risikobezogene Kontrollmaßnahmen in den Mitgliedstaaten ins Auge gefasst werden können, wenn dadurch nicht die Wirksamkeit der Kontrollregelung und die gleichen Wettbewerbsbedingungen in der Gemeinschaft beeinträchtigt werden. Die Sachverständigengruppe, die so bald wie möglich eingesetzt wird, wird nach Konsultierung des Beratenden Ausschusses für Fischerei und Aquakultur (BAFA) rechtzeitig bis Ende 2010 einen Bericht veröffentlichen, so dass die Kommission das Ergebnis im Rahmen ihrer Vorschläge für die Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik vor 2012 berücksichtigen kann.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE
NOVEMBER 2009**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung der Kommission Die Kommission erklärt, dass sie beabsichtigt, eine Kultur der Rechtstreue auf internationaler Ebene im gleichen Umfang und nach den gleichen Normen wie in der vorliegenden Verordnung zu fördern, insbesondere im Rahmen der regionalen Fischereiorganisationen sowie im Rahmen ihrer bilateralen Beziehungen zu Drittländern, um damit zur Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen auf internationaler Ebene beizutragen. Erklärung der Kommission - Wiegen Die Kommission ist sich bewusst, dass die sofortige Anwendung der Artikel 60 und 61 zur Unterbrechung bewährter Verfahren zur Kontrolle der Anlandungen führen kann. Die bestehenden Verfahren bleiben von der Anwendung dieser Artikel unberührt, bis die betroffenen Mitgliedstaaten der Kommission innerhalb einer angemessenen Frist geeignete Probenahmepläne gemäß den genannten Artikeln zur Billigung vorgelegt haben und die Kommission über diese befunden hat. Die Länge der "angemessenen Frist" wird in den Durchführungsbestimmungen gemäß Artikel 60 Absatz 7 und Artikel 61 festgelegt. Erklärung der Kommission – Artikel 90 Artikel 90 Absatz 6 wird dahingehend ausgelegt, dass Artikel 90 Absätze 2 bis 5 keine Anwendung finden, wenn die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass eine natürliche Person, die einen schweren Verstoß begangen hat, mit einer wirksamen, verhältnismäßigen und abschreckenden strafrechtlichen Sanktion und eine juristische Person, die für eine entsprechende Straftat haftbar gemacht wird, mit einer wirksamen, verhältnismäßigen und abschreckenden Geldstrafe belegt wird. Erklärung Finnlands Finnland kann sich der politischen Einigung, die im Oktober 2009 auf der Tagung des Rates in Luxemburg über einen Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der Gemeinsamen Fischereipolitik erzielt wurde, aus folgenden Gründen nicht anschließen: - Die insbesondere in der nördlichen Ostsee vorherrschenden Bedingungen wurden im Rahmen des Ergebnisses nicht gebührend berücksichtigt; dies führt zu einer zusätzlichen Belastung für die Verwaltung und die Marktteilnehmer, ohne dass bessere Ergebnisse bei der Kontrolle und der Durchsetzung erzielt würden; - das Strafpunktesystem ist nicht verhältnismäßig und kann aus der Sicht der Fischer zu Ungerechtigkeiten führen. Außerdem kann die Einrichtung und die Unterhaltung eines solchen Strafpunktesystems beträchtliche Kosten verursachen; - schließlich hätte Finnland das Verbot der Vermarktung von Fängen aus der Freizeitfischerei auf Arten beschränkt, für die Wiederauffüllungspläne und/oder Mehrjahrespläne gelten. Aus diesen Gründen bedauert Finnland das Ergebnis und enthält sich der Stimme.			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung Italiens Italien ersucht die Kommission, Fragen im Zusammenhang mit dem Fang untermaßiger Fische mit den zulässigen Maschenöffnungen zu prüfen, um die Praxis der Rückwürfe zu vermeiden. In diesem Zusammenhang ersucht Italien die Kommission, im Rahmen der Umsetzung der neuen Verordnung zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung für die Gemeinsame Fischereipolitik gegebenenfalls Vorschläge vorzulegen. Erklärung Sloweniens Slowenien unterstützt den Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Einführung einer gemeinschaftlichen Kontrollregelung zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der Gemeinsamen Fischereipolitik, obwohl wir auch weiterhin besorgt sind, dass einige Bestimmungen sich sowohl für die handwerkliche Fischerei als auch für die betreffenden Behörden als besonders belastend erweisen könnten. Die Diskussionen haben deutlich gezeigt, dass die Vorschriften auch an die kleinen Fischereisektoren mit einem hohen Anteil handwerklicher Fischerei angepasst werden müssen. Wir fordern die Kommission daher nachdrücklich auf, den Bedürfnissen der handwerklichen, regionalen Fischerei, von der keine Bedrohung für die biologische Vielfalt ausgeht, sowie dem Bottom-Up-Ansatz in ihren künftigen Vorschlägen für Rechtsakte, insbesondere bei der anstehenden Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik, mehr Beachtung zu schenken.			
Verordnung (EG) Nr. 1226/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten und begleitenden Fangbedingungen für bestimmte Fischbestände und Bestandsgruppen in der Ostsee (2010)	15037/09 + REV 1 (lv)	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer PL: Enthaltung
Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission Die Kommission und der Rat sind sich im Hinblick auf die am 1. Oktober 2009 in Stockholm von den Mitgliedstaaten des Ostseeraums und der Kommission unterzeichnete Erklärung zur Regelung der Ostseefischereien und die in der Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum vereinbarten strategischen Maßnahmen zur Stärkung der Nachhaltigkeit in den Fischereien darin einig, dass 2010 ein Fahrplan für weitere Maßnahmen zur Eliminierung der Rückwürfe in der Ostsee, gegebenenfalls auch durch ein Verbot von Rückwürfen ausgearbeitet werden sollte; dabei ist dem von Dänemark durchgeführten Pilotprojekt zu einer Fangquotenregelung und der Stellungnahme des regionalen Beirats für die Ostsee (BSRAC) Rechnung zu tragen.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE
NOVEMBER 2009**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission Die Kommission und der Rat sind sich im Hinblick auf die am 1. Oktober 2009 in Stockholm von den Mitgliedstaaten des Ostseeraums und der Kommission unterzeichnete Erklärung zur Regelung der Ostseefischereien und die in der Strategie der Europäischen Union für den Ostseeraum vereinbarten strategischen Maßnahmen zur Stärkung der Nachhaltigkeit in den Fischereien darin einig, dass in Zusammenarbeit mit den Beteiligten entsprechend der derzeit mit ihnen geführten Konsultation ein Mandat für eine technische Arbeitsgruppe ausgearbeitet werden sollte, um die für 2010 festgelegten Maßnahmen je nach Bedarf zu bewerten und zu überprüfen. Zudem soll die Gruppe, soweit sie dies für zweckmäßig erachtet, zusätzliche Maßnahmen zur Eliminierung von Rückwürfen – wie etwa die Erhöhung der Selektivität der Fanggeräte, die Verringerung der Mindestanlandegröße und die Einführung von saisonalen Schonzeiten in Gebieten für den Schutz junger Dorsche – ausarbeiten. Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission Der Rat und die Kommission würden weitere Versuche zur vollständig dokumentierten Fische-rei und deren Weiterentwicklung im Jahr 2010 begrüßen, damit bewertet werden kann, ob die Umsetzung dieses Grundsatzes eine echte Alternative bieten kann. Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission In Anbetracht der Notwendigkeit, den Bestand des frühjahrs-laichenden Herings der westlichen Ostsee zu schützen und die erwarteten Auswirkungen der immer weiter abnehmenden Rekrutierung abzufedern, sind sich die Kommission und der Rat darin einig, dass die fischereiliche Sterblichkeit im Jahr 2010 nicht weiter erhöht werden sollte. Unter Berücksichtigung der räumlichen Verteilung, insbesondere bei den Jungfischen dieses Bestands, wird die TAC für die Untergebiete 22-24 um 16,5% gekürzt, während für den Anteil des frühjahrs-laichenden Herings der westlichen Ostsee an der TAC für das Untergebiet IIIa eine Kürzung von 25,5% geplant ist. Erklärung der Kommission Die Kommission bietet an, zusammen mit den betroffenen Mitgliedstaaten zu bewerten, wie die Bestimmungen für eine strukturelle Unterstützung für die Erhöhung der Selektivität im Rahmen des Europäischen Fischereifonds so rasch wie möglich effizient angewendet werden kön-nen, um die Durchführung der vereinbarten Maßnahmen zu fördern. Erklärung Polens zur TAC- und Quotenverordnung 2010 für die Ostsee Polen bedauert, dass der Rat bei seinem Beschluss, die Maschenöffnung der Steerts von Bacoma- und T90-Netzen von 110 mm auf 120 mm zu erweitern, den Ergebnissen des im Auftrag der Europäische Kommission erstellten ICES-Berichts über die Selektivität des in der Ostsee eingesetzten Dorschfanggeräts nicht Rechnung getragen hat. Ein Beschluss, der nicht durch wissenschaftliche Gutachten abgesichert ist und sich in der Vergangenheit als falsch erwiesen hat, verdient keine Unterstützung. Polen enthält sich daher der Stimme.			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung Polens zur Festlegung der künftigen TAC für den östlichen Dorschbestand Polen begrüßt die positive Entwicklung beim östlichen Dorschbestand, wie dies in dem ICES-Gutachten für 2009 und 2010 bestätigt wurde. Dieser Entwicklung sollte durch eine Aktualisierung der Fangregeln im Rahmen der Überprüfung des langfristigen Bewirtschaftungsplans für die Dorschbestände in der Ostsee, der ab 2010 gelten soll.			
Gemeinsamer Standpunkt (EG) Nr. 18/2009 vom 20. November 2009 , vom Rat festgelegt gemäß dem Verfahren des Artikels 251 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, im Hinblick auf den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz und andere wesentliche Parameter (Text von Bedeutung für den EWR)	14639/09 + ADD 1 + ADD 1 COR 1 + REV 6 + REV 6 ADD 1	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung der Kommission Die Kommission unterstützt den Einsatz von Gemeinschaftsinstrumenten wie dem Programm "Intelligente Energie - Europa" als Beitrag zur Sensibilisierung der Endnutzer für die Vorteile einer Reifenkennzeichnung. Die Kommission wird bis spätestens Juni 2012 insbesondere für Verbraucherorganisationen und Reifenhersteller auf ihrer Website Informationen zur Erläuterung aller Bestandteile der Reifenkennzeichnung und einen harmonisierten Kraftstoffeinsparungsrechner bereitstellen.			
Richtlinie 2009/140/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 zur Änderung der Richtlinie 2002/21/EG über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste, der Richtlinie 2002/19/EG über den Zugang zu elektronischen Kommunikationsnetzen und zugehörigen Einrichtungen sowie deren Zusammenschaltung und der Richtlinie 2002/20/EG über die Genehmigung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste (Text von Bedeutung für den EWR)	PE-CONS 3677/6/09 REV 6	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer NL: Enthaltung

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE
NOVEMBER 2009**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung der Kommission zur Netzneutralität Die Kommission misst der Erhaltung des offenen und neutralen Charakters des Internet hohe Bedeutung bei und trägt dem Willen der Mitgesetzgeber umfassend Rechnung, jetzt die Netzneutralität als politisches Ziel und als von den nationalen Regulierungsbehörden zu fördernden Regulierungsgrundsatz festzuschreiben¹, parallel zu der Stärkung der damit zusammenhängenden Transparenzanforderungen² und der Schaffung von Sicherheitsbefugnissen der nationalen Regulierungsbehörden, um eine Beeinträchtigung der Dienstleistungen und die Behinderung oder Verlangsamung des Verkehrs über öffentliche Netze zu verhindern³. Die Kommission wird die Umsetzung dieser Bestimmungen in den Mitgliedstaaten aufmerksam beobachten und in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht an das Europäische Parlament und den Rat besonderes Gewicht darauf legen, wie die "Netzfreiheiten" der europäischen Bürger geschützt werden. In der Zwischenzeit wird die Kommission die Auswirkungen der Entwicklungen des Markts und der Technik auf die "Netzfreiheiten" beobachten und dem Europäischen Parlament und dem Rat bis Ende 2010 darüber berichten, ob zusätzliche Leitlinien erforderlich sind, und sie wird ihre bestehenden wettbewerbsrechtlichen Befugnisse nutzen, um etwaige wettbewerbswidrige Praktiken abzustellen. Erklärung der Niederlande Den Niederlanden bereitet die auf die Artikel 7, 15 und 19 der Richtlinie "Bessere Rechtsetzung" gestützte zentrale Rolle der Europäischen Kommission bei der Regulierung der Telekommunikationsmärkte große Schwierigkeiten. Die nationalen Regulierungsbehörden sollten über mehr Spielraum verfügen, um den spezifischen Marktgegebenheiten Rechnung zu tragen, und sie sollten dabei nicht von der Kommission überstimmt werden können. Die Niederlande ziehen weiterhin ein Regelungsausschussverfahren für die Aufstellung der Liste der einschlägigen Märkte vor (Artikel 15 der Rahmenrichtlinie). Die Niederlande legen auch großen Wert auf eine gute Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedstaaten und erkennen an, wie wichtig eine politische Einigung ist. Angesichts all dieser Erwägungen enthalten sich die Niederlande der Stimme.			

¹ Artikel 8 Absatz 4 Buchstabe g der Rahmenrichtlinie.

² Artikel 20 Absatz 1 Buchstabe b und Artikel 21 Absatz 3 Buchstaben c und d der Universaldienstrichtlinie.

³ Artikel 22 Absatz 3 der Universaldienstrichtlinie.

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung Österreichs, Belgiens, Estlands, Finnlands, Deutschlands, Irlands, Lettlands, Maltas, Polens, Rumäniens, der Slowakei, Spaniens und des Vereinigten Königreichs zur Richtlinie "Rechte der Bürger", Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation Die vorgenannten Mitgliedstaaten begrüßen die Annahme der drei Rechtsakte, die ein integrales Paket von Regulierungsvorschlägen für den elektronischen Kommunikationssektor bilden, d.h. der Richtlinie "Rechte der Bürger" und der Verordnung zur Einrichtung des GEREK, beide vom Rat am 26. Oktober 2009 angenommen, sowie der Richtlinie "Bessere Rechtsetzung", die der Rat am 20. November 2009 angenommen hat. Die Richtlinie 2002/58/EG und die Richtlinie "Rechte der Bürger" sollen den Schutz der Grundrechte und Grundfreiheiten – insbesondere des Rechts auf Privatsphäre – bei der Verarbeitung personenbezogener Daten im Bereich der elektronischen Kommunikation sowie den freien Verkehr dieser Daten gewährleisten. Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie 2002/58/EG betrifft die Voraussetzungen, unter denen Informationen, worunter auch unerwünschte Spähprogramme und andere Arten von Schadsoftware fallen, in Endgeräte von Privatpersonen eingegeben werden können. Er gilt auch für die sogenannten Cookies und ähnliche Technologien, deren Einsatz in vielen Fällen legitim sein kann. Der geänderte Text des Artikels 5 Absatz 3 verdeutlicht, dass die Anforderung der vorherigen Einwilligung für den Einsatz derartiger Technologien ungeachtet dessen gilt, ob diese über elektronische Kommunikationsnetze oder durch andere technische Mittel verbreitet werden. Die genannten <u>Mitgliedstaaten</u> stellen fest, dass aufgrund dieser Präzisierung Änderungen in einigen innerstaatlichen Rechtsvorschriften erforderlich sein könnten. Allerdings ist, wie im <u>Erwägungsgrund 66</u> angegeben, der geänderte Artikel 5 Absatz 3 nicht dazu bestimmt, die geltende Anforderung zu ändern, wonach eine derartige Einwilligung als Recht zur Ablehnung einer Verwendung von Cookies oder ähnlicher Technologien für legitime Zwecke geltend gemacht werden kann. Diese Mitgliedstaaten heben zudem hervor, dass die Methoden der Information und die Einräumung des Rechts auf Ablehnung so benutzerfreundlich wie möglich gestaltet werden sollten. Erklärung Österreichs, Bulgariens, Estlands, Finnlands, Deutschlands, Irlands, Italiens, Lettlands, Maltas, Polens, Portugals, Rumäniens, der Slowakei, Sloweniens, Spaniens und des Vereinigten Königreichs zur Richtlinie "Bessere Rechtsetzung", Rahmenrichtlinie Diese Erklärung betrifft Nummer 21 der Richtlinie "Bessere Rechtsetzung", die einen überarbeiteten Text für Artikel 19 der Rahmenrichtlinie enthält. Die vorgenannten Mitgliedstaaten stellen fest, dass die Befugnis der Kommission, Entscheidungen nach Artikel 19 zu erlassen, ausdrücklich auf eine Harmonisierung der Umsetzung des allgemeinen Regulierungskonzepts gemäß den Artikeln 15 und 16 der Rahmenrichtlinie durch die nationalen Regulierungsbehörden beschränkt ist. Artikel 15 der Rahmenrichtlinie ("Marktdefinitionsverfahren") beschreibt die bei der Festlegung und Definition der Wirtschaftsmärkte anzuwendenden Verfahren. Nach Artikel 16 der Rahmenrichtlinie ("Marktanalyseverfahren") müssen die nationalen Regulierungsbehörden unter Berücksichtigung der in der einschlägigen Empfehlung der Kommission aufgeführten Märkte eine Analyse der relevanten Märkte durchführen, um zu ermitteln, ob dort ein wirk-samer Wettbewerb herrscht.			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Nach Artikel 16 ist zudem die Feststellung, ob auf einem Markt wirksamer Wettbewerb herrscht, zu berücksichtigen, wenn nach anderen genannten Vorschriften darüber entschieden wird, ob Verpflichtungen für Unternehmen aufzuerlegen, beizubehalten oder aufzuheben sind. Artikel 16 präzisiert nicht, welcher Art diese Verpflichtungen sein sollten. Nach Auffassung der genannten Mitgliedstaaten beschränkt sich die Entscheidungsbefugnis der Kommission nach Artikel 19 der Rahmenrichtlinie unter Bezugnahme auf deren Artikel 15 und 16 auf Fragen in Zusammenhang mit der Marktdefinition, der Bewertung beträchtlicher Marktmacht und der Auswirkung der Marktanalyse auf die Entscheidung, ob Verpflichtungen für Unternehmen aufzuerlegen sind, erstreckt sich aber nicht auf die Wahl und die Gestaltung von Abhilfemaßnahmen nach Artikel 8 der Zugangsrichtlinie oder Artikel 17 der Universaldienstrichtlinie. Erklärung der Kommission zu Artikel 19 der Rahmenrichtlinie Die Kommission begrüßt den endgültigen Wortlaut von Artikel 19 der Rahmenrichtlinie, der in seiner geänderten Fassung die Kommission dazu befugt, Harmonisierungsmaßnahmen in Form verbindlicher Entscheidungen zu erlassen, unter anderem hinsichtlich einer uneinheitlichen Umsetzung allgemeiner Regulierungskonzepte durch nationale Regulierungsbehörden bei der Regulierung der Märkte für elektronische Kommunikation in Anwendung der Artikel 15 und 16 der Rahmenrichtlinie, soweit diese Regulierungspraxis zu Hindernissen für den Binnenmarkt führt. Auch wenn sich solche Entscheidungen möglicherweise nicht auf bestimmte Notifizierungen der nationalen Regulierungsbehörden nach Artikel 7a der Rahmenrichtlinie beziehen, decken sie doch allgemeine Regulierungskonzepte in Bezug auf die Auferlegung, Beibehaltung, Änderung oder Aufhebung von Verpflichtungen nach Artikel 16 Absatz 2 der Rahmenrichtlinie ab.			
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über kosmetische Mittel (Neufassung) (Text von Bedeutung für den EWR)	PE-CONS 3623/5/09 REV 5	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung des Rates Der Rat möchte auf den zweiten Absatz von Nummer 4 der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 28. November 2001 über die systematischere Neufassung von Rechtsakten¹ (nachstehend Interinstitutionelle Vereinbarung vom 28. November 2001" genannt) hinweisen, der wie folgt lautet: <i>"Nicht als Neufassung ist ein neuer Rechtsakt zu betrachten, durch den, mit Ausnahme der Standardbestimmungen oder -formulierungen, alle Bestimmungen des bisherigen Rechtsakts, den er ersetzt und aufhebt, inhaltlich geändert werden."</i> Angesichts des Artikels 249 des Vertrags ist der Rat der Ansicht, dass bei der Neufassung eines Rechtsakts, bei der die Bestimmungen einer oder mehrerer Richtlinien in eine Verordnung umgewandelt werden, dem Grundsatz und der Definition nach <i>"alle Bestimmungen des bisherigen Rechtsakts, der ersetzt und aufgehoben wird, inhaltlich geändert werden"</i>. Im vorliegenden Fall schien es angesichts des fortgeschrittenen Stands der Verhandlungen, auch der Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament, nicht möglich, die laufenden Beratungen im Rat und im Parlament abubrechen. Dies kann jedoch unter keinen Umständen einen Präzedenzfall darstellen. Der Rat behält sich das Recht vor, in Zukunft jeglichen Vorschlag abzulehnen, der nicht im Einklang mit der Interinstitutionellen Vereinbarung vom 28. November 2001 steht. Erklärung der Bundesrepublik Deutschland zum Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über kosmetische Mittel Im Hinblick auf die Einführung einer Kennzeichnung der Nanopartikel in kosmetischen Mitteln (Artikel 19 Abs. 1 Buchstabe g) kann aus Sicht der Bundesrepublik Deutschland nicht ausgeschlossen werden, dass die generelle Kennzeichnung von nanoskaligen Stoffen in kosmetischen Mitteln mit dem Begriff [nano] von den Verbraucherinnen und Verbrauchern als Warnhinweis missverstanden werden kann. Aufgrund der allgemeinen Anforderungen an die Sicherheit von kosmetischen Mitteln dürfen ohnehin nur sichere Produkte auf dem Markt sein. Dies gilt auch für kosmetische Mittel, die unter Anwendung der Nanotechnologie hergestellt wurden. Aus deutscher Sicht können für die Verbraucherinnen und Verbraucher Informationen zu nanoskaligen Stoffen wichtig sein, wenn die Partikelgröße zu veränderten Eigenschaften führt.			

¹ ABl. C 77 vom 28.3.2002, S. 1.

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE
NOVEMBER 2009**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärungen der Kommission 1. <i>Neufassung (im Dezember vereinbart)</i> Die Kommission nimmt die Bedenken der Mitgliedstaaten in Bezug auf Neufassungen zur Kenntnis, bei denen Richtlinien in Verordnungen umgewandelt werden. Die Kommission ist der Ansicht, dass immer dann, wenn die Bestimmungen einer Richtlinie ausreichend klar, präzise und detailliert sind, diese im Wege einer Neufassung in unmittelbar anwendbare Vorschriften einer Verordnung umgewandelt werden können. Dies gilt insbesondere in Fällen, in denen die betreffenden Bestimmungen technischer Natur sind und bereits von allen Mitgliedstaaten vollständig in einzelstaatliches Recht umgesetzt wurden. Vor dem Hintergrund der geäußerten unterschiedlichen Standpunkte akzeptiert die Kommission, dass der spezielle Fall der Verordnung über kosmetische Mittel nicht als Präzedenzfall für die Auslegung der Interinstitutionellen Vereinbarung zu dieser Frage herangezogen wird. 2. <i>Verkauf über das Internet</i> Die Kommission sagt zu, dass sie die Lage in Bezug auf den Verkauf von kosmetischen Mitteln über das Internet vor dem Zeitpunkt des Beginns der Anwendung der Verordnung klären wird. 3. <i>Produktfälschung</i> Die Kommission teilt die Sorge des Europäischen Parlaments, dass der Kosmetiksektor von Produktfälschungen betroffen sein könnte, was mit erhöhten Risiken für die menschliche Gesundheit einhergehen kann. Die Kommission wird daher Maßnahmen ergreifen, um die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen nationalen Behörden im Hinblick auf die Bekämpfung von Produktfälschungen zu verstärken. 4. <i>Übergangsbestimmungen und Zeitpunkte des Beginns der Anwendung der Verordnung</i> Die Kommission wird einen erläuternden Vermerk zu den Übergangsbestimmungen und den Zeitpunkten des Beginns der Anwendung der Verordnung erstellen (insbesondere im Hinblick auf Artikel 10 (Sicherheitsbewertung), Artikel 11 (Produktinformationsdatei), Artikel 13 (Notifizierung) und Artikel 16 (Nanomaterialien))¹. 5. <i>Definition von Nanomaterialien</i> Die Kommission weist darauf hin, dass die Arbeiten in Bezug auf eine einheitliche Definition von Nanomaterialien noch im Gange sind. Die Kommission bekräftigt daher, dass in künftigen Gemeinschaftsvorschriften die Fortschritte in Bezug auf eine einheitliche Definition von Nanomaterialien berücksichtigt werden sollten, und weist darauf hin, dass die in diesem Vorschlag vorgesehenen Ausschussverfahren auch eine Aktualisierung der Definition im Rahmen dieses Vorschlags ermöglichen.			

¹ Gemäß der ursprünglichen mündlichen Erklärung vom 24. März 2009 die Artikel 7, 8, 10 und 12a.

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Annahme von Rechtsakten nach der zweiten Lesung im Europäischen Parlament im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens (Straßburg, 23.-26. November 2009) Verordnung Nr. 1222/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 über die Kennzeichnung von Reifen in Bezug auf die Kraftstoffeffizienz und andere wesentliche Parameter (Text von Bedeutung für den EWR)	14639/6/09 REV 6	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung der Kommission Die Kommission unterstützt den Einsatz von Gemeinschaftsinstrumenten wie dem Programm "Intelligente Energie - Europa" als Beitrag zur Sensibilisierung der Endnutzer für die Vorteile einer Reifenkennzeichnung. Die Kommission wird bis spätestens Juni 2012 insbesondere für Verbraucherorganisationen und Reifenhersteller auf ihrer Website Informationen zur Erläuterung aller Bestandteile der Reifenkennzeichnung und einen harmonisierten Kraftstoffeinsparungsrechner bereitstellen.			
2978. Tagung des Rates der Europäischen Union (BILDUNG, JUGEND und KULTUR) vom 26./27. November 2009 in Brüssel Richtlinie 2009/143/EG des Rates vom 26. November 2009 zur Änderung der Richtlinie 2000/29/EG hinsichtlich der Übertragung von Laboruntersuchungen	15705/09 + COR 1 (fi) + COR 2 (sk)	Einstimmigkeit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer AT, DE, LV: Enthaltung

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Gemeinsame Erklärung Lettlands, Österreichs und Deutschlands Lettland, Österreich und Deutschland begrüßen die Initiative der Europäischen Kommission, mit der Änderungen an der Pflanzenschutzrichtlinie vorgeschlagen werden, und danken dem Vorsitz für den Kompromissvorschlag. Lettland, Österreich und Deutschland haben keine Einwände gegen das Prinzip der Übertragung von Laboruntersuchungen an juristische Personen des öffentlichen Rechts oder des Privatrechts. Allerdings sind wir der Auffassung, dass die Übertragung solcher Aufgaben von der Festlegung von Kriterien für ein klares und international akzeptiertes Qualitätssicherungs- und Evaluierungssystem für Laboruntersuchungen abhängen sollte. Der Vorschlag für eine Richtlinie des Rates enthält keine derartigen besonderen Vorgaben für die Qualitätssicherung. Daher enthalten sich Lettland, Österreich und Deutschland bei der Abstimmung der Stimme. Das Fehlen derartiger Kriterien für ein harmonisiertes Qualitätssicherungs- und Evaluierungssystem für Laboruntersuchungen würde noch größere Diskrepanzen im Bereich der Laboruntersuchungen herbeiführen und dadurch die EU-Pflanzenschutzregelung schwächen. Zugleich erwarten Lettland, Österreich und Deutschland, dass bei der Beurteilung der EU-Pflanzenschutzregelung ihre besonderen Anliegen betreffend ein klares und international anerkanntes Qualitätssicherungssystem für Laboruntersuchungen berücksichtigt werden.			
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte Bauteile und Merkmale von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen auf Rädern (kodifizierte Fassung)	PE-CONS 3678/09	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Richtlinie 2009/142/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über Gasverbrauchseinrichtungen (Text von Bedeutung für den EWR)	PE-CONS 3679/1/09 REV 1	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Richtlinie 2009/148/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. November 2009 über den Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz (Text von Bedeutung für den EWR)	PE-CONS 3680/2/09 REV 2	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (kodifizierte Fassung)	PE-CONS 3681/09	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Grundregeln für die Gewährung von Gemeinschaftszuschüssen für transeuropäische Netze (kodifizierte Fassung)	PE-CONS 3682/1/09 REV 1	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Entscheidung des Rates über das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft (2011)	15658/09 + REV 1 (mt) + REV 2 (fi)	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
2979. Tagung des Rates (JUSTIZ und INNERES) vom 30. November 2009 in Brüssel			
Rahmenbeschluss 2009/905/JI des Rates vom 30. November 2009 über die Akkreditierung von Anbietern kriminaltechnischer Dienste, die Labortätigkeiten durchführen	15905/09	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung der Bundesrepublik Deutschland zu Artikel 3 des Entwurfs eines Rahmenbeschlusses des Rates über die Akkreditierung von Anbietern kriminaltechnischer Dienste, die Labortätigkeiten durchführen Zur Festlegung des Anwendungsbereiches des "Rahmenbeschlusses des Rates über die Akkreditierung von Anbietern kriminaltechnischer Dienste, die Labortätigkeiten durchführen" wird der Begriff des Labors und der Labortätigkeiten durch den Erwägungsgrund 15 und durch den Artikel 3 Buchstaben (a) und (b) beschrieben. Die Bundesrepublik Deutschland versteht hierunter ausschließlich klassische kriminaltechnische Labore mit wissenschaftlich ausgebildetem Personal. Räumlichkeiten oder Dienststellen, in denen kein wissenschaftliches Personal arbeitet und in denen nur gelegentlich laborähnliche Tätigkeiten (zum Beispiel: Cyanacrylatbedampfung oder Ninhydrin-Tauchbadverfahren) ausgeführt werden, sind nach hiesiger Auffassung keine Labore im Sinne der Definition des Rahmenbeschlusses und daher von einer Verpflichtung zur Akkreditierung ausgenommen.			

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE
NOVEMBER 2009**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung der Kommission zum Rahmenbeschluss des Rates über die Akkreditierung von Anbietern kriminaltechnischer Dienste, die Labortätigkeiten durchführen Die Kommission ist der Auffassung, dass der Rahmenbeschluss über die Akkreditierung von Anbietern kriminaltechnischer Dienste, die Labortätigkeiten durchführen, soweit er sich auf Dienstleistungen im Sinne von Artikel 50 des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft bezieht, in Einklang mit diesem Vertrag erlassen werden sollte. Die Kommission behält sich vor, die ihr angemessen erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen.			
Beschluss 2009/902/JI des Rates vom 30. November 2009 zur Einrichtung eines Europäischen Netzes für Kriminalprävention (ENKP) und zur Aufhebung des Beschlusses 2001/427/JI	15137/09	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Rahmenbeschluss 2009/948/JI des Rates vom 30. November 2009 zur Vermeidung und Beilegung von Kompetenzkonflikten in Strafverfahren	8535/09 + REV 1 (de) + REV 2 (lv)	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung des Rates Zur Verbesserung der effizienten Rechtspflege in Strafsachen und in Anbetracht der zunehmenden Komplexität grenzüberschreitender krimineller Aktivitäten wird der Rat gegebenenfalls die Möglichkeit weiterer Maßnahmen zur Erleichterung der Zusammenarbeit in Situationen prüfen, in denen Strafverfahren in zwei oder mehr Mitgliedstaaten wegen derselben Tat oder zusammenhängender Taten gegen verschiedene Personen oder bezüglich derselben kriminellen Vereinigung durchgeführt werden; er wird dabei der Rolle von Eurojust und des Europäischen Justiziellen Netzes Rechnung tragen. In der Zwischenzeit ersucht der Rat die Mitgliedstaaten, sich in solchen Situationen in Einklang mit den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Verfahren, dem Recht der Europäischen Union oder dem Völkerrecht miteinander in Verbindung zu setzen und über ihre zuständigen Behörden Informationen auszutauschen.			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Beschluss 2009/917/JI des Rates vom 30. November 2009 über den Einsatz der Informationstechnologie im Zollbereich	14065/09 + COR 1 + COR 2 (sl) + REV 1 (lt) + REV 1 COR 1 (lt) + REV 3 (fi) + REV 4 (bu) + REV 5 (sk)	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Beschluss des Rates zur Änderung des Beschlusses des mit dem Schengener Durchführungsübereinkommen von 1990 eingesetzten Exekutivausschusses zur Änderung der Finanzregelung für die Einrichtung und den Betrieb der technischen Unterstützungseinheit für das Schengener Informationssystem (C.SIS)	16142/09 + COR 1 (ro)	Einstimmigkeit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
2009/914/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 zur Änderung des Beschlusses des mit dem Schengener Übereinkommen von 1990 eingesetzten Exekutivausschusses zur Änderung der Finanzregelung für die Einrichtung und den Betrieb der technischen Unterstützungseinheit für das Schengener Informationssystem (C.SIS)	15983/09 + COR 1 (fi)	Einstimmigkeit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
2009/915/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 zur Änderung des Beschlusses 2000/265/EG des Rates vom 27. März 2000 zur Festlegung einer Finanzregelung für die Haushaltsaspekte der vom Stellvertretenden Generalsekretär des Rates zu verwaltenden Verträge über die Einrichtung und den Betrieb der Kommunikationsinfrastruktur für den Schengen-Rahmen (Sisnet), die von ihm als Vertreter bestimmter Mitgliedstaaten geschlossen worden sind	15984/09	Einstimmigkeit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Verordnung (EG) Nr. 1244/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind	15521/09	Einstimmigkeit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
2980. Tagung des Rates der Europäischen Union (BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT und VERBRAUCHERSCHUTZ) vom 30. November 2009 in Brüssel			
Verordnung (EG) Nr. 1250/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik und mit bestimmten Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe	13826/09	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer SL: Enthaltung CZ: dagegen

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE
NOVEMBER 2009**

TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Erklärung Polens Zur Änderung von Artikel 131 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates Polen möchte darauf hinweisen, dass alle im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik erlassenen Verordnungen gewährleisten sollten, dass alle Mitgliedstaaten gleichen Zugang zu allen Instrumenten der GAP haben, unabhängig davon, welche Art von Direktzahlungsregelung sie anwenden. Polen dankt daher dem Vorsitz für seine Änderungsvorschläge betreffend Artikel 131 Absatz 1 der Verordnung Nr. 73/2009 des Rates (Dok. 13074/2/09 REV 2). Zugleich vertritt Polen weiterhin die Ansicht, dass angesichts der Wirtschaftskrise, die nicht nur den Milchsektor, sondern auch andere Sektoren der Landwirtschaft getroffen hat, die Mitgliedstaaten frühere Beschlüsse über Stützungsprogramme nach Artikel 68 ändern können sollten. Die Frist für die Vorlage der spezifischen Stützungsprogramme bei der Europäischen Kommission sollte daher nicht nur für den Milchsektor, sondern für alle Programme nach Artikel 68 Absatz 1 Buchstaben a bis c verschoben werden. Polen geht es nicht darum, die im Zusammenhang mit dem Gesundheitscheck gefassten Beschlüsse zu ändern, sondern die Frist für die Vorlage spezifischer Stützungsprogramme angesichts der neu aufgetretenen Umstände zu verlängern. Erklärung des Vereinigten Königreichs Um Landwirten und Zahlstellen Sicherheit zu verschaffen, ist das Vereinigte Königreich bereit, die Annahme dieses Vorschlags zu unterstützen. Das Vereinigte Königreich ist jedoch weiterhin der Ansicht, dass, wie das Urteil des Gerichtshofs der EG in der Rechtssache C-428/07 [Horvath] bestätigt hat, keine spezielle Rechtsvorschrift erforderlich ist, damit ein Mitgliedstaat Bestimmungen des Gemeinschaftsrechts in unterschiedlichen Regionen unterschiedlich anwenden kann. Nach Ansicht des Vereinigten Königreichs sind daher die Änderungen an den Artikeln 51 und 67 der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates unnötig, um das beabsichtigte Ziel zu verwirklichen. Erklärung der Tschechischen Republik Die Tschechische Republik bringt ihre tiefe Enttäuschung über den Verlauf der Verhandlungen über den Vorschlag betreffend die Korrekturen am GAP-Gesundheitscheck zum Ausdruck. Der Vorschlag war ursprünglich als technische Maßnahme gedacht, mit der einige nicht politische Elemente der unter französischem Vorsitz erzielten Einigung über den Gesundheitscheck der Gemeinsamen Agrarpolitik korrigiert werden sollten. Entgegen dieser Absicht wurde der ursprüngliche Kommissionsvorschlag im Laufe der Verhandlungen in einer Weise abgeändert, die erheblich über die technischen Aspekte des Vorschlags hinausgeht und rückwirkende politische Änderungen an der geltenden politischen Einigung bewirkt. Die Art dieser Änderungen wird nachteilige Auswirkungen auf den fairen Wettbewerb zwischen den Milcherzeugern im Binnenmarkt haben und nicht zu einer Verringerung, sondern zu einer weiteren Vergrößerung der bestehenden Einkommensunterschiede zwischen den Regionen und Sektoren in der EU führen. Die Tschechische Republik ist besonders besorgt darüber, dass Änderungen politischer Natur in einem sehr späten Stadium der Verhandlungen in nicht transparenter Weise vorgelegt wurden und dass die Agrarminister keine Gelegenheit zur Erörterung der Frage erhielten. Daher stimmt die Tschechische Republik bedauerlicherweise gegen diesen Vorschlag.			

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Verordnung (EG) Nr. 1212/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Festsetzung der Orientierungspreise und der gemeinschaftlichen Produktionspreise für bestimmte Fischereierzeugnisse für das Fischwirtschaftsjahr 2010 gemäß der Verordnung (EG) Nr. 104/2000	15101/09	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Erklärung der britischen Delegation Das Vereinigte Königreich ist der Auffassung, dass die Differenz zwischen Orientierungspreis und regionalem Marktpreis bei bestimmten Arten derzeit beträchtlich ist. Dies unterstreicht Bedenken über die Anwendung eines nach Arten festgelegten, unionsweit einheitlichen Orientierungspreises. Das Vereinigte Königreich schlägt vor, dass die Kommission eine Differenzierung der Orientierungspreise unter Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten näher prüft, um in einen etwaigen künftigen Verordnungsvorschlag eine entsprechende Regelung aufzunehmen, falls die Wirtschaftsdaten dafür sprechen.			
Richtlinie des Rates zur Festlegung der tierseuchenrechtlichen Vorschriften für das Verbringen von Equiden und für ihre Einfuhr aus Drittländern (kodi-fizierte Fassung)	15401/09 + REV 1 (fi) + REV 1 COR 1 (fi)	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Verordnung (EG) Nr. 1216/2009 des Rates vom 30. November 2009 über die Handelsregelung für bestimmte aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen hergestellte Waren	15403/09	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Verordnung (EG) Nr. 1217/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Bildung eines Informationsnetzes landwirtschaftlicher Buchführungen über die Einkommenslage und die betriebswirtschaftlichen Verhältnisse landwirtschaftlicher Betriebe in der Europäischen Gemeinschaft	15451/09	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME DER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009			
TITEL DES RECHTSAKTS	ANGENOMMENE TEXTE	ABSTIMMUNGS- REGELN	ABSTIMMUNGS- ERGEBNISSE
Richtlinie 2009/157/EG des Rates vom 30. November 2009 über reinrassige Zuchtrinder (Text von Bedeutung für den EWR)	15458/09	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten
Richtlinie 2009/158/EG des Rates vom 30. November 2009 über die tierseuchenrechtlichen Bedingungen für den innergemeinschaftlichen Handel mit Geflügel und Bruteiern sowie für ihre Einfuhr aus Drittländern (Text von Bedeutung für den EWR)	15578/09 + REV 1 (sl) + REV 2 (fi)	Qualifizierte Mehrheit	Zustimmung aller Mitgliedstaaten

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
2972. Tagung des Rates der Europäischen Union (WIRTSCHAFT und FINANZEN) vom 10. November 2009 in Brüssel 2009/832/EG: Beschluss des Rates vom 10. November 2009 über das Verfahren für Ausnahmeregelungen zu den Ursprungsregeln der Ursprungsprotokolle im Anhang zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit AKP-Staaten und zur Aufhebung des Beschlusses 2000/399/EG Dok. 13693/09 Beschluss des Rates über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Protokolls zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Libanesischen Republik zur Festlegung eines Mechanismus für die Beilegung von Streitigkeiten, die die Handelsbestimmungen des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Libanesischen Republik andererseits betreffen Dok. 14131/09 + REV 1 (en, fr) Beschluss des Rates über den Abschluss eines Abkommens in Form eines Protokolls zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Tunesischen Republik zur Festlegung eines Mechanismus für die Beilegung von Streitigkeiten, die die Handelsbestimmungen des Europa-Mittelmeer-Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Tunesischen Republik andererseits betreffen Dok. 14077/2/09 REV 2	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Gemeinsamer Standpunkt der Europäischen Union für die 32. Tagung des EWR-Rates Dok. 15161/09 Gemeinsame Aktion 2009/834/GASP des Rates vom 10. November 2009 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2001/555/GASP betreffend die Einrichtung eines Satellitenzentrums der Europäischen Union Dok. 13224/09 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Haschemitischen Königreich Jordanien über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit im Namen der Europäischen Gemeinschaft und über die vorläufige Anwendung dieses Abkommens Dok. 11790/09 Schlussfolgerungen des Rates zum Bericht der Europäischen Gruppe der Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit (European Nuclear Safety Regulators Group – ENSREG) Dok. 14471/09 Beschluss des Rates betreffend die Teilnahme der Europäischen Gemeinschaft an den Verhandlungen im Rahmen des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen Dok. 13745/09 Schlussfolgerungen zur langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in der EU Dok. 15127/09 Schlussfolgerungen des Rates zu einer besseren Rechtsetzung und zur Verringerung des Verwaltungsaufwands Dok. 15130/2/09 REV 2	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zu den EU-Statistiken Dok. 15824/09 Schriftliches Verfahren vom 13. November 2009 Standpunkt der Europäischen Union für die achte Tagung des Assoziationsrates (Brüssel, 16. November 2009) Dok. 15502/09 + COR 1 2973. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN und AUSSENBEZIEHUNGEN) vom 16. November 2009 in Brüssel Schlussfolgerungen des Rates zur integrierten Meerespolitik Dok. 15175/1/09 REV 1 Schlussfolgerungen des Rates zur Religions- und Weltanschauungsfreiheit Dok. 15510/09 Beschluss des Rates über den Standpunkt der Gemeinschaft zu den im Wirtschaftspartnerschafts- abkommen zwischen den CARIFORUM-Staaten einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits vorgesehenen Geschäftsordnungen des Gemeinsamen Rates CARIFORUM-EG, des Handels- und Entwicklungsausschusses CARIFORUM-EG und der Sonder- ausschüsse Dok. 14871/09	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Beschluss des Rates über den Standpunkt der Gemeinschaft zur Zusammensetzung des im Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den CARIFORUM-Staaten einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits vorgesehenen Beratenden Ausschusses CARIFORUM-EG sowie über die Auswahl der Vertreter der auf dem Gebiet der EG-Vertragspartei ansässigen Organisationen Dok. 14872/09 Beschluss des Rates über die Zustimmung zum Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Atomgemeinschaft und der Föderativen Republik Brasilien über die Zusammenarbeit im Bereich der Fusionsenergieforschung durch die Kommission Dok. 14268/09 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung und den Abschluss eines Freiwilligen Partnerabkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Ghana über Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor sowie über die Einfuhr von Holzprodukten in die Gemeinschaft Dok. 14190/09 + COR 1 (fr)	
Erklärung der Kommission Damit die während der Aushandlung des Freiwilligen Partnerabkommens entwickelte Zusammenarbeit fortgesetzt wird, wird die Kommission die Mitgliedstaaten auch weiterhin über die Umsetzung dieses und künftiger FLEGT-Partnerschaftsabkommen unterrichten und – wenn dies angezeigt ist – hierzu konsultieren. Zudem wird davon ausgegangen, dass hinsichtlich der der Kommission erteilten Ermächtigung, Änderungen der Anhänge zu FLEGT-Partnerschaftsabkommen zu billigen, der Rückgriff auf Artikel 300 Absatz 4 EG-Vertrag angesichts der besonderen Art und des besonderen Inhalts dieser Abkommen gerechtfertigt ist.	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zum Antrag der Republik Albanien auf Beitritt zur Europäischen Union Dok. 15532/09 2974. Tagung des Rates der Europäischen Union (ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN und AUSSENBEZIEHUNGEN) vom 16./17. November 2009 in Brüssel Schlussfolgerungen des Rates zum Jahresbericht 2009 über die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft und die Umsetzung der Außenhilfe im Jahr 2008 Dok. 16078/09 Schlussfolgerungen des Rates zu den Fortschritten bei der Umsetzung des Europäischen Aktionsprogramms zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose durch Außenmaßnahmen (2007-2011) Dok. 16076/09 Schlussfolgerungen des Rates zur Unterstützung der Demokratie in den Außenbeziehungen der EU – Auf dem Weg zu mehr Kohärenz und Effizienz Dok. 16081/09 Schlussfolgerungen des Rates zur Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung Dok. 16079/09 Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der Regierung der Russischen Föderation und der Europäischen Union über den Schutz von Verschlusssachen Dok. 15227/09	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
2009/989/EG, Euratom: Beschluss des Rates und der Kommission vom 17. November 2009 über den Abschluss des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zur Gründung einer Partnerschaft zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Tadschikistan andererseits Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zur Gründung einer Partnerschaft zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Tadschikistan andererseits Dok. 12475/04 + COR 1 + COR 2 (fi) 2009/990/EG, Euratom: Beschluss des Rates und der Kommission vom 17. November 2009 über den Abschluss des Protokolls zum Abkommen über Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Republik Tadschikistan andererseits anlässlich des Beitritts der Republik Bulgarien und Rumäniens zur Europäischen Union Dok. 16406/08 Beschluss 2009/840/GASP des Rates vom 17. November 2009 zur Durchführung des Gemeinsamen Standpunkts 2007/140/GASP über restriktive Maßnahmen gegen Iran Dok. 14347/09 + ADD 1 REV 2 Verordnung des Rates zur Durchführung von Artikel 7 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 423/2007 über restriktive Maßnahmen gegen Iran Dok. 14386/09 + COR 1 + COR 2 + ADD 1 REV 2 Schlussfolgerungen des Rates zu Belarus Dok. 15593/09	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates zur ESVP Dok. 16500/09	
Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Dominikanischen Republik über die Beteiligung der Dominikanischen Republik an der militärischen Operation der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina (Operation ALTHEA) Dok. 15053/09 + COR 1 (sl)	
Gemeinsame Aktion 2009/842/GASP des Rates vom 17. November 2009 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2007/369/GASP über die Einrichtung einer Polizeimission der Europäischen Union in Afghanistan (EUPOL AFGHANISTAN) Dok. 15116/09	
Entscheidung des Rates zur Festlegung der finanziellen Beiträge der Mitgliedstaaten zum Europäischen Entwicklungsfonds im Jahr 2010, einschließlich der 1. Tranche 2010 Dok. 15445/09	
Schlussfolgerungen des Rates zu einem operativen Rahmen für die Wirksamkeit der Entwicklungshilfe Dok. 15912/09	
Schlussfolgerungen des Rates zu Klimawandel und Entwicklung Dok. 16071/09	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
2976. Tagung des Rates (LANDWIRTSCHAFT und FISCHEREI) vom 20. November 2009 in Brüssel 2010/10/EG: Entscheidung des Rates vom 20. November 2009 über die Gewährung einer staatlichen Beihilfe durch die Behörden der Republik Polen für den Erwerb landwirtschaftlicher Flächen zwischen dem 1. Januar 2010 und dem 31. Dezember 2013 Dok. 15668/09 Erklärung der Republik Polen Die Republik Polen erklärt, dass sie den Rat und die Kommission jährlich von den Ergebnissen der Anwendung der Regelung über eine staatliche Beihilfe infolge der Entscheidung des Rates vom 20. November 2009 über die Gewährung einer staatlichen Beihilfe durch die Behörden der Republik Polen für den Erwerb landwirtschaftlicher Flächen zwischen dem 1. Januar 2010 und dem 31. Dezember 2013 unterrichten und eine Liste der Nutznießer dieser Maßnahme vorlegen wird. Schlussfolgerungen des Rates zum Bericht der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Erfahrungen mit der Anwendung der Hygieneverordnungen Dok. 14299/09 + ADD 1 + ADD 1 REV 1 (fi) Schlussfolgerungen des Rates zum Sonderbericht Nr. 9/2009 über die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Personalauswahl Tätigkeiten des Europäischen Amtes für Personalauswahl Dok. 14608/1/09 REV 1 + REV 1 COR1 (de) + REV 1 COR 2 (cs) + REV 2 (mt) Gemeinsame Aktion 2009/854/GASP des Rates vom 20. November 2009 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2005/889/GASP zur Einrichtung einer Mission der Europäischen Union zur Unterstützung des Grenzschutzes am Grenzübergang Rafah (EU BAM Rafah) Dok. 14702/09	Abstimmungsregel: Einstimmigkeit Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer CZ, DK, EE, ES, SK, SE, UK: Enthaltung

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Übereinkommens über Hafenstaatmaßnahmen zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, unregulierten und ungemeldeten Fischei im Namen der Europäischen Gemeinschaft Dok. 15159/09 + COR 1 2977. Tagung des Rates der Europäischen Union (UMWELT) vom 23. November 2009 in Brüssel Beschluss des Rates über den Standpunkt der Gemeinschaft zu der Geschäftsordnung für die Streitbeilegung und zu dem Verhaltenskodex für Schiedsrichter und Vermittler, die im Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen den CARIFORUM-Staaten einerseits und der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten andererseits vorgesehen sind Dok. 14870/09 2978. Tagung des Rates der Europäischen Union (BILDUNG, JUGEND und KULTUR) vom 26./27. November 2009 in Brüssel Beschluss des Rates zur Ermächtigung der Kommission, Verhandlungen mit den EFTA-Staaten, den am Barcelona-Prozess teilnehmenden Staaten, den am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teilnehmenden Staaten und den Färöern über ein regionales Übereinkommen über Paneuropa-Mittelmeer-Präferenzursprungsregeln aufzunehmen Dok. 15410/09 + COR 1 (fi) + REV 1 (sk) Beschluss des Rates über den Standpunkt der Gemeinschaft zum Beschluss des Gemischten Ausschusses EU-Schweiz zur Genehmigung der verbindlichen bulgarischen und der verbindlichen rumänischen Sprachfassung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit Dok. 12478/09 + ADD 1 (bg, ro) + ADD 2 (bg, ro) + ADD 3 (bg, ro)	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
2009/904/EG: Entscheidung des Rates vom 26. November 2009 zum Standpunkt der Europäischen Gemeinschaft hinsichtlich der Neuverhandlung der Währungsvereinbarung mit der Republik San Marino Dok. 15253/09 + COR 1 (es) 2009/895/EG: Entscheidung des Rates vom 26. November 2009 zum Standpunkt der Europäischen Gemeinschaft hinsichtlich der Neuverhandlung der Währungsvereinbarung mit dem Staat Vatikanstadt Dok. 15224/09 Beschluss des Rates über den Abschluss des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen durch die Europäische Gemeinschaft Dok. 15540/09 + COR 1 (fi) Schlussfolgerungen des Rates vom 26. November 2009 zur beruflichen Entwicklung von Lehrkräften und Schulleitern/-leiterinnen Dok. 15098/09 + REV 1 (da) + REV 2 (hu) + REV 3 (ro) Schlussfolgerungen des Rates vom 26. November 2009 zur Bildung von Kindern mit Migrationshintergrund Dok. 14353/09 + REV 1 (da) + COR 1 (hu) Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 26. November 2009 zur Entwicklung der Rolle der Bildung in einem leistungsfähigen Wissensdreieck Dok. 14344/09 + REV 1 (de) + REV 2 (sl) + REV 3 (da) + REV 4 (it)	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Schlussfolgerungen des Rates vom 27. November 2009 zur Förderung einer kreativen Generation: Entwicklung der Kreativität und Innovationsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen durch kulturelle Ausdrucksformen und Zugang zur Kultur Dok. 14453/09 + REV 1 (fi) + COR 1 (da) Schlussfolgerungen des Rates über vom 27. November 2009 die Medienkompetenz im digitalen Umfeld Dok. 15441/09 + COR 1 (da) EntschlieÙung des Rates vom 27. November 2009 über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa (2010-2018) Dok. 15131/09 + COR 1 + COR 2 (da) + REV 1 (es) Schriftliches Verfahren vom 27. November 2009 Verordnung des Rates zur Festlegung technischer Übergangsmaßnahmen für den Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 30. Juni 2011 Dok. 16470/09 + COR 1	Abstimmungsregel: Qualifizierte Mehrheit Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer IE, UK: dagegen

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Schriftliches Verfahren vom 27. November 2009 Verordnung des Rates zur Festsetzung der Fangmöglichkeiten und begleitenden Fangbedingungen für bestimmte Fischbestände im Schwarzen Meer (2010) Dok. 16354/09 + COR 1 (bg) + COR 2 (ro) 2979. Tagung des Rates (JUSTIZ und INNERES) vom 30. November 2009 in Brüssel Schlussfolgerungen des Rates zur Stärkung der chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Sicherheit (CBRN-Sicherheit) in der Europäischen Union – CBRN-Aktionsplan der EU Dok. 15505/1/09 REV 1 + REV 1 COR1 + REV 1 COR 2 + REV 2 (sl) Schlussfolgerungen des Rates zu einem Gemeinschaftsrahmen für die Katastrophenverhütung in der EU Dok. 15394/09 +REV 1 (sv) + REV 2 (sl) 2009/942/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 zur Änderung des Beschlusses 2006/325/EG zwecks Festlegung eines Verfahrens zur Umsetzung des Artikels 5 Absatz 2 des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Königreich Dänemark über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen Dok. 14899/09 + COR 1 2009/943/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 zur Änderung des Beschlusses 2006/326/EG zwecks Festlegung eines Verfahrens zur Umsetzung des Artikels 5 Absatz 2 des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Königreich Dänemark über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen Dok. 14902/09 + COR 1	Abstimmungsregel: Qualifizierte Mehrheit Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer SL, das keine Stimme abgab.

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
2009/941/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über den Abschluss des Haager Protokolls vom 23. November 2007 über das auf Unterhaltungspflichten anzuwendende Recht durch die Europäische Gemeinschaft Dok. 14897/09 + COR 1 (lt) + COR 2 (sv) + COR 3 + REV 1 (fi) + REV 1 COR 1 (fi) + REV 2 (lv) 2009/940/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über die Unterzeichnung des am 23. Februar 2007 in Luxemburg angenommenen Protokolls zum Übereinkommen über internationale Sicherungsrechte an beweglicher Ausrüstung betreffend Besonderheiten des rollenden Eisenbahnmateriels durch die Europäische Gemeinschaft Dok. 13949/09 Schlussfolgerungen des Rates über ein europäisches System für die kriminaltechnische Drogen-Profilanalyse Dok. 15876/09 + REV 1 (et) Entscheidung des Rates vom 30. November 2009 über den Austausch von DNS-Analyseergebnissen Dok. 15870/09 + COR 1 Beschluss 2009/949/JI des Rates vom 30. November 2009 zur Anpassung der Grundgehälter und Zulagen der Europol-Bediensteten Dok. 15832/09 Beschluss 2009/968/JI des Rates vom 30. November 2009 zur Annahme der Vertraulichkeitsregeln für Europol-Informationen Dok. 15135/09	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Beschluss 2009/936/JI des Rates vom 30. November 2009 zur Annahme der Durchführungsbestimmungen für die von Europol geführten Arbeitsdateien zu Analysezwecken Dok. 15140/09 + REV 1 (en) + REV 2 (fi) Beschluss 2009/934/JI des Rates vom 30. November 2009 zur Festlegung der Durchführungsbestimmungen zur Regelung der Beziehungen von Europol zu anderen Stellen einschließlich des Austauschs von personenbezogenen Daten und Verschlusssachen Dok. 15138/09 + COR 1 (fi) + REV 2 (en) Beschluss 2009/935/JI des Rates vom 30. November 2009 zur Festlegung der Liste der Drittstaaten und dritten Organisationen, mit denen Europol Abkommen schließt Dok. 15139/09 + COR 1 (fi) + REV 2 (en) Erklärung Zyperns Zypern kann der Annahme des Entwurfs eines Beschlusses des Rates zur Festlegung der Liste der Drittstaaten und dritten Organisationen, mit denen Europol Abkommen schließt (Dok. 15139/1/09 REV 1 EUROPOL 91), nicht zustimmen, da sich die Türkei beständig weigert, mit Zypern in den Bereichen Polizei und Justiz zusammenzuarbeiten. Genauer gesagt hat die Türkei noch keinerlei Anzeichen für eine Zusammenarbeit in den genannten Bereichen zu erkennen gegeben. INTERPOL Ankara verweigert die unmittelbare Zusammenarbeit mit INTERPOL Nikosia, antwortet nicht auf Anfragen von INTERPOL Nikosia und lehnt es ab, sich in mit diesen Bereichen zusammenhängenden Angelegenheiten an die Republik Zypern zu wenden. Dieser Zustand verhindert jede Zusammenarbeit auf den Gebieten Justiz, Polizei, Überwachung illegaler Tätigkeiten und Austausch einschlägiger Informationen, den Eckpfeilern der Zusammenarbeit von INTERPOL und EUROPOL. Obwohl das Generalsekretariat von INTERPOL wiederholt bei der türkischen Regierung das Erfordernis der Zusammenarbeit mit Zypern zur Sprache gebracht hat, bleibt das Problem wegen der negativen Haltung der Türkei bestehen. Unter diesen Umständen kann die Republik Zypern nicht ihre Zustimmung dazu geben, dass die Türkei in die Liste der Drittstaaten und dritten Organisationen, mit denen Europol Abkommen schließt, aufgenommen wird, und aus diesem Grund wird sie gegen die Annahme des Entwurfs eines Beschlusses des Rates zur Festlegung der Liste der Drittstaaten und dritten Organisationen, mit denen Europol Abkommen schließt (Dok. 15139/1/09 REV 1 EUROPOL 91), stimmen.	

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
NOVEMBER 2009**

SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Beschluss 2009/933/GASP des Rates vom 30. November 2009 über die Ausweitung — seitens der Europäischen Union — des räumlichen Geltungsbereichs des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über A uslieferung Dok. 16455/1/09 REV 1 Schlussfolgerungen des Rates über die Verstärkung der Bekämpfung des Drogenhandels in Westafrika Dok. 16451/09 Schlussfolgerungen des Rates über Musterbestimmungen als Orientierungspunkte für die Beratungen des Rates im Bereich des Strafrechts Dok. 16542/2/09 REV 2 + REV 3 (sv) + REV 4 (fi)	
Erklärung der Kommission Die Kommission teilt voll und ganz die Auffassung, dass die Kohärenz der Strafrechtsbestimmungen der Europäischen Union gewährleistet werden muss. Sie ist jedoch der Ansicht, dass die Leitlinien und Musterbestimmungen in den Schlussfolgerungen des Rates verfrüht sind und zu einer verengten Auslegung von Artikel 83 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) führen. Mit diesen Leitlinien und Musterbestimmungen legt der Rat einseitig einen Rahmen für die künftige Gesetzgebung fest, dem weder die Kommission noch das Europäische Parlament zugestimmt haben. Die Kommission erklärt deshalb, dass diese Leitlinien und Musterbestimmungen ihr Initiativrecht gemäß dem AEUV nicht beschneiden. Sie erklärt zudem, dass sie dieses Recht sorgsam und auf Grundlage einer Folgenabschätzung nach Durchführung angemessener Konsultationen wahrnehmen wird. Erklärung Griechenlands Aus Sicht Griechenlands müsste sich die Musterbestimmung über "Anstiftung, Beihilfe und Versuch" eigentlich auch auf fahrlässige Handlungen erstrecken. Was die Musterbestimmung über "Sanktionen gegen juristische Personen" betrifft, so geht Griechenland davon aus, dass in der englischen Sprachfassung das Wort "penalties" auch "sanctions" umfasst.	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Entschießung des Rates vom 30. November 2009 über einen Fahrplan zur Stärkung der Verfahrensrechte von Verdächtigten oder Beschuldigten in Strafverfahren (Text von Bedeutung für den EWR) Dok. 15434/09 + REV 1 (nl) Schlussfolgerungen des Rates zur Arbeitskräftemigration und zu ihrem Entwicklungspotenzial im Zeitalter der Mobilität Dok. 15823/09 Schlussfolgerungen des Rates zur Migration im Interesse der Entwicklung Dok. 15806/09 Schlussfolgerungen des Rates zu Mobilitätspartnerschaften als Instrument des Gesamtansatzes zur Migrationsfrage Dok. 15811/09 Gemeinsame Erklärung über eine Mobilitätspartnerschaft zwischen der Europäischen Union und Georgien Dok. 16396/09 + ADD 1 2009/896/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Antigua und Barbuda über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte Dok. 13925/09 2009/897/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem Commonwealth der Bahamas über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte Dok. 13927/09	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
2009/898/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Barbados über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte Dok. 13929/09 2009/899/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Mauritius über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte Dok. 13930/09 2009/900/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Seychellen über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte Dok. 13931/09 2009/901/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Föderation St. Kitts und Nevis über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte Dok. 13932/09 Schlussfolgerungen des Rates zu einer Strategie für das Informationsmanagement im Bereich der inneren Sicherheit in der EU Dok. 16637/09 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Gemeinschaft – und vorläufige Anwendung des Übereinkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft sowie der Republik Island, dem Königreich Norwegen, der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Fürstentum Liechtenstein über zusätzliche Regeln im Zusammenhang mit dem Außengrenzenfonds für den Zeitraum 2007 bis 2013 Dok. 15954/09	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Beschluss des Rates über eine Makrofinanzhilfe für Serbien Dok. 15803/09 Beschluss des Rates über eine Makrofinanzhilfe für Bosnien und Herzegowina Dok. 15802/09 Beschluss des Rates über eine Makrofinanzhilfe für Georgien Dok. 15660/09 Beschluss des Rates über eine Makrofinanzhilfe für Armenien Dok. 15661/09 Beschluss des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen Australien und der Europäischen Union über die Sicherheit von Verschlusssachen Dok. 14683/09 + REV 1 (mt) Verordnung (EG) Nr. 1197/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2115/2005 zur Einführung eines Wiederauffüllungsplans für Schwarzen Heilbutt im Rahmen der Organisation für die Fischerei im Nordwestatlantik Dok. 14955/09 + COR 1 (lv) 2009/947/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung der Republik Aserbaidschan über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten Dok. 15950/09	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
2009/974/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung der Mongolei über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten Dok. 15952/09 Gemeinsame Erklärung des Rates und der Kommission Unter anderem aus pragmatischen Erwägungen heraus ist es vorzuziehen, dass die Abkommen mit der Republik Aserbaidschan und mit der Regierung der Mongolei über bestimmte Aspekte von Luftverkehrsdiensten allein von der Gemeinschaft geschlossen werden. Die gleichen Überlegungen würden in Bezug auf ähnliche Abkommen gelten, solange sie im Einklang mit dem durch Ratsbeschluss vom 5. Juni 2003 erteilten Mandat über die Ersetzung bestimmter Bestimmungen in bestehenden bilateralen Abkommen geschlossen werden und nicht über die Grenzen dieses Mandats hinausgehen. Diese Beschlüsse bilden keinen Präzedenzfall für die Ausübung der jeweiligen Befugnisse der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten in Bezug auf andere als die oben genannten Abkommen, z. B. Abkommen im Sinne des Beschlusses des Rates vom 5. Juni 2003 zur Ermächtigung der Kommission, Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten im Bereich des Luftverkehrs aufzunehmen, die als gemischte Abkommen zu schließen sind. Diese Beschlüsse schaffen weder neue Zuständigkeiten der Gemeinschaft in Bezug auf externe Abkommen über Luftverkehrsdienste noch berühren sie die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen der Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten. Beschluss des Rates über die Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Regierung Japans über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit im Namen der Europäischen Gemeinschaft Dok. 13753/09 + COR 1 + COR 2 (es)+ COR 3 (hu) + COR 4 (bg) + COR 5 Schlussfolgerungen des Rates zum SIS II Dok. 16909/09	

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zwischen der Europäischen Union und Japan über die Rechtshilfe in Strafsachen Dok. 15921/09 Beschluss des Rates über die Unterzeichnung – im Namen der Europäischen Union – des Abkommens zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Verarbeitung von Zahlungsverkehrsdaten und deren Übermittlung aus der Europäischen Union an die Vereinigten Staaten für die Zwecke des Programms zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus Dok. 16110/09 + COR 1 (fr) + COR 2 (hu) + COR 3 (el) + COR 4 (ee, es, cs) + REV 1(fi) 2980. Tagung des Rates der Europäischen Union (BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT und VERBRAUCHERSCHUTZ) vom 30. November 2009 in Brüssel Empfehlung des Rates über rauchfreie Umgebungen Dok. 15937/1/09 REV 1 Erklärung der Tschechischen Republik und der Slowakei Die Tschechische Republik und die Slowakische Republik sind sich darin einig, dass der Schutz der Nichtraucher ein wichtiges Anliegen der nationalen und der europäischen Tabakpolitik ist. Sie befürworten daher Maßnahmen für den Schutz der Nichtraucher, wie sie in der <i>Empfehlung des Rates über rauchfreie Zonen</i> genannt werden. Da ihre Zweifel, was die Art der Verpflichtungen in Bezug auf genormte Einheitsverpackungen ("plain packaging") im Rahmen der nationalen Tabakstrategien betrifft, nicht ausgeräumt sind, enthalten sich die Tschechische Republik und die Slowakische Republik bei der Abstimmung über den Vorschlag.	Abstimmungsregel: Qualifizierte Mehrheit Zustimmung aller Mitgliedstaaten außer AT, CZ, SL: Enthaltung

**INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE
NOVEMBER 2009**

SONSTIGE RECHTSAKTE

**Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/
Erklärungen**

Erklärung der Europäischen Kommission

Die Kommission nimmt die Wünsche des Rates zur Kenntnis und wird ihnen die gebotene Aufmerksamkeit schenken. Sie behält sich jedoch vor, nach Maßgabe der Regeln des Vertrags darauf einzugehen, insbesondere unter angemessener Beachtung ihres Initiativrechts und unter Berücksichtigung der ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und Humanressourcen.

Erklärung Österreichs

Als Vertragspartei des WHO-Rahmenübereinkommens zur Eindämmung des Tabakgebrauchs ist sich Österreich vollkommen bewusst, wie wichtig Maßnahmen zur Vermeidung von Tabakrauch und zum Schutz der Nichtraucher sind. Daher befürwortet Österreich grundsätzlich die vorliegende Empfehlung des Rates über rauchfreie Zonen. Leider wurden seinen berechtigten Einwänden gegen die Empfehlung, kombinierte Warnhinweise einzuführen, nicht Rechnung getragen; somit sieht sich Österreich außerstande, den Vorschlag uneingeschränkt zu unterstützen, und enthält sich der Stimme.

Beschluss des Rates über die Genehmigung im Namen der Europäischen Gemeinschaft der Änderungen der Anlagen II und III des Übereinkommens zum Schutz der Meeresumwelt des Nordostatlantiks (OSPAR-Übereinkommen) in Bezug auf die Speicherung von Kohlendioxidströmen in geologischen Formationen

Dok. 16223/1/09 REV 1 + REV 2 (en, mt, pt) + REV 3 (nl)

Verordnung (EG) Nr. 1215/2009 des Rates vom 30. November 2009 zur Einführung besonderer Handelsmaßnahmen für die am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der Europäischen Union teilnehmenden oder damit verbundenen Länder und Gebiete

Dok. 14906/09

INFORMATIONEN ZUR ANNAHME SONSTIGER RECHTSAKTE NOVEMBER 2009	
SONSTIGE RECHTSAKTE	Veröffentlichte Abstimmungsergebnisse/ Erklärungen
Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 des Rates vom 30. November 2009 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern Dok. 14907/09 + COR 1 (fi) + REV 1 (lt) 2009/954/EG: Beschluss des Rates vom 30. November 2009 über die Unterzeichnung und den Abschluss der Übereinkunft über das Mandat der Internationalen Partnerschaft für die Zusammenarbeit im Bereich der Energieeffizienz (IPEEC) und der Vereinbarung über die Einrichtung des Sekretariats der Internationalen Partnerschaft für die Zusammenarbeit im Bereich der Energieeffizienz bei der Internationalen Energieagentur durch die Europäische Gemeinschaft Dok. 16564/09 Schlussfolgerungen des Rates "Förderung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt – Überwindung der Krise und Vorbereitung der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010" Dok. 16214/09 Schlussfolgerungen des Rates "Altern in Gesundheit und Würde" Dok. 15955/09 Schlussfolgerungen des Rates "Gleichstellung der Geschlechter: Stärkung von Wachstum und Beschäftigung – Beitrag zur Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010" Dok. 15488/09 + REV 1 (hu) Schlussfolgerungen des Rates zur Überprüfung der Umsetzung der Aktionsplattform von Beijing durch die Mitgliedstaaten und die Organe der EU – "Beijing + 15": Überprüfung der Fortschritte Dok. 15992/09	